



MA 15

**Wenn am Anfang
des Monats zu
wenig Geld bleibt**



Wiener Wohnen

**Maßnahmenpaket
für konkrete Hilfe bei
Mietschulden**

FSG

teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

4/2023



**„Für mehr
Gerechtigkeit
brauchen wir
jede und jeden!“**

**SPÖ-Vorsitzender
Andreas Babler**

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.

#TeamHera

Jetzt auf Facebook und Instagram



Gesund werden.
Gesund bleiben.

HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Günter Unger

guenter.unger@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Mitgliederanfragen & -betreuung

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte
unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © RENEDEL/MISIER/AGC

Karin Zauner-

Lohmeyer

Chefredakteurin

teamwork

in dieser Ausgabe befassen wir uns mit der enormen Teuerung und ihren Folgen. Immer mehr Menschen wissen nicht mehr, wie sie „über die Runden“ kommen sollen. Während die Regierung den Arbeitnehmer*innen über Finanzminister Brunner ausgerichtet hat, auf Lohnerhöhungen möglichst zu verzichten und die Vorschläge des ÖGB sowie der Arbeiterkammer zur Inflationsbekämpfung konsequent ignoriert, hat die Stadt Wien in kurzer Zeit wirksame Unterstützungssysteme aufgebaut. Wie zum Beispiel die „Wohnungssicherung Plus“ (Seite 15), um jenen Menschen unbürokratisch zu helfen, die sich ihre Miete nicht mehr leisten können. Von den steigenden Lebenskosten sind natürlich auch viele

Kolleg*innen in der Stadt Wien betroffen. Daher stellen wir auf Seite 18 den Fachbereich Betriebliche Sozialarbeit in der MA 15 – Gesundheitsdienst vor.

Was sollte gegen die hohe Inflation unternommen werden? Das habe ich SPÖ-Bundesvorsitzenden Andreas Babler im teamwork-Interview gefragt. Er schlägt u. a. vor, das Recht auf ein leistbares Leben in der Verfassung zu verankern – als Staatsziel. Es sollte eine staatlich garantierte Preisstabilität für all jene Güter geben, die zur Befriedigung der Grundbedürfnisse dienen. Was die SPÖ von anderen Parteien unterscheidet, das sei eine Politik der Menschenfreundlichkeit und des Respekts (Seiten 8 bis 10).

Die aktuellen Zukunftsängste sind der Nährboden für rechtspopulistische Parteien. Die FPÖ inszeniert sich als Partei der „kleine Leute“, die gegen „das System“ oder „die Eliten“ ankämpft. Wir zeigen auf Seite 24, dass sich dies jedoch ganz und gar nicht durch das Abstimmungsverhalten der FPÖ im Parlament belegen lässt.

2024 wählen wir den Nationalrat. Eine Partei, die unsere Demokratie und den Rechtsstaat verachtet, die Menschenrechte und die Wissenschaft in Frage stellt, sollte auf gar keinen Fall den Bundeskanzler stellen. Das wäre ein unglaubliches Desaster für Österreich!

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der unionion _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1030 Wien, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, Tel.: 01-4000 83710, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **Stv.:** Margit Pollak, Günter Unger **Redaktionskomitee:** Stephanie Grguric, Peter Müller, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Angelika Schleinzer, Felix Steiner, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich

Hersteller: Druckerei Jentzsch, 1210 Wien

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Coverfotos: Shutterstock/Rawpixel.com; Jennifer Fetz/Wiener Wohnen; Michaela Bruckberger/HG1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH, UW-Nr. 790



EU-Parlamentswahlen 2024: Warum deine Stimme zählt!

Am 9. Juni 2024 wählen die EU-Bürger*innen zum zehnten Mal ihre EU-Abgeordneten. Das einst als „Mickey Mouse Parlament“ belächelte hohe Haus ist schon lange eines der wichtigsten Organe der EU.



BILD: © ROBERT RUDA

Thomas Kattnig
Mitglied des Bundespräsidiums der youunion, Bereichsleiter EU und Internationales der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Brüssel und Strasbourg wirken weit entfernt. Die Entscheidungen dort gehen zwischen innenpolitischen Debatten oft unter. Dabei werden auf EU-Ebene Tag für Tag Entscheidungen getroffen, die unser Leben direkt betreffen. Von Regeln über die Sauberkeit unserer Luft über die Schadstoffgrenzwerte in unserem Essen bis zu den Arbeitsschutzbestimmungen in unseren Betrieben wird durch die Stimmen der EU-Abgeordneten mitentschieden.

Wir bestimmen, wer diese Entscheidungen auf EU-Ebene trifft und was entschieden wird. Vieles davon kommt in der gesellschaftlichen und medialen Debatte aber oft leider nicht an.

Geringe Beteiligung

Das wird deutlich, wenn man sich die Wahlbeteiligung vor Augen führt. Nur 59,8 Prozent der Wahlberechtigten gingen im Jahr 2019 am EU-Wahltag zu den Urnen. Das ist leider kein Ausnahmephänomen, doch jetzt ist die Zeit gekommen, dies zu ändern.

Krisen bekämpfen

Europa steht vor vielfältigen Herausforderungen, von der Bewältigung der Klimakrise bis zur Bekämpfung der Ungleichheit und der Teuerung. Daher ist es entscheidend, dass die EU-Abge-



BILD: © T. PEITINGER

Evelyn Regner ist Vizepräsidentin des EU-Parlaments und kämpft seit 2009 für Steuergerechtigkeit und Frauenrechte

ordneten die Nöte und Interessen der arbeitenden Bevölkerung vor Augen haben. Gerade vor dem Hintergrund von stärker werden den Rechtsextremen und Marktradikalen braucht es dringend ein größeres Gegengewicht auf EU-Ebene. Weder Hass auf Minderheiten noch Geschenke an die Superreichen werden uns aus den gegenwärtigen Krisen bringen. Stattdessen brauchen wir soziale Politik, die niemanden zurücklässt.

Gewerkschaften stärken

Die Interessen der Beschäftigten müssen das Herzstück jeder Politik bilden – von der betrieblichen bis zur europäischen Ebene. Damit dies auch in der Praxis der Fall ist, braucht es Gewerkschafter*innen in Entscheidungspositionen wie dem EU-Parlament. Für die bevorstehende Wahl stehen mit Evelyn Regner und mir die Spitzenkandidat*innen der Ge-

werkschaft fest. Evelyn Regner kämpft seit 2009 als Abgeordnete und mittlerweile auch als Vizepräsidentin des EU-Parlaments für ein gutes Leben für alle. Ich selbst bin Mitglied des Bundespräsidiums und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

In meiner Arbeit setze ich mich Tag für Tag dafür ein, eine gerechtere und sozialere EU zu schaffen. In all meinen Themenfeldern von Energie über Verkehr bis zu Wasser versuche ich, die Rolle der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verteidigen und zu stärken, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer*innen zu verbessern. Wer will, dass es auf der EU-Ebene eine starke gewerkschaftliche Stimme gibt, muss diese kommenden Jahr auch wählen.

Wählen und unser Europa sozial mitgestalten.

thomas.kattnig@youunion.at

Gehaltszuwächse von 9,71 bis 9,15 Prozent - mindestens 192 Euro und mehr Geld für Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste.

Wegweisende Verhandlungserfolge

Ab 2024 gibt es für die Bediensteten der Stadt Wien ein ordentliches Plus auf dem Konto. Die Gehälter in der Stadt Wien steigen um 9,71 bis 9,15 Prozent (mindestens 192 Euro), die Zulagen und Vergütungen werden ebenfalls um 9,15 Prozent erhöht. Damit ist uns bei den heurigen Gehaltsverhandlungen des Öffentlichen Dienstes ein Ergebnis gelungen, das vor allem für andere Branchen in Österreich wegweisend war. In sehr harten, aber wertschätzenden Diskussionen haben wir, die Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen, immer wieder betont, dass die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie die immer größer werdenden Belastungen in den Berufen der Daseinsvorsorge ein nachhaltiges Gehaltsplus erfordern.

Dieses Ergebnis ist ein deutliches Zeichen der Wertschätzung all jenen gegenüber, die sich tagtäglich unermüdlich für das Gemeinwohl einsetzen. Damit ist es nicht nur gelungen, die Kaufkraft unserer Kolleginnen und Kollegen nachhaltig zu sichern, sondern wir haben darüber hinaus auch ein kraftvolles Zeichen gesetzt, das in weiterer Folge auch für andere Branchen richtungsweisend war. Wir haben uns nicht mit einer Einmalzahlung abspeisen lassen!

Ein Abschluss unter der rollierenden Inflation wäre für uns ein No-Go gewesen. Denn gerade in Zeiten hoher Inflation – stark angekurbelt durch die Preistreiberei von Konzernen – kann es nicht sein, dass die Arbeitnehmer*innen dafür auch noch die Rechnung bezahlen.



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

BILD: © PHILIPP SCHUSTER/IG

Ein weiterer Verhandlungserfolg ist uns im Bereich der Entlohnung für Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste gelungen. Die Bediensteten aller Berufsgruppen, die in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr arbeiten, erhalten ab Februar 2024 einen Betrag von 10 Euro in der Stunde pro Nachtdienst. Ab Februar 2024 gibt es auch an Sonn- und Feiertagen pro geleisteter Stunde 10 Euro insgesamt für alle Berufsgruppen, die solche Dienste leisten.

Wenn wir in die Zukunft blicken, dann steht uns im Öffentlichen Dienst eine riesige Pensionierungswelle der „Baby-Boomer-Generation“ bevor. Bis 2030 werden allein in Wien rund 21.000 Jobs neu zu besetzen sein. Auch hier sind die Dienstgeberin und die Gewerkschaft massiv gefordert. Es braucht dringend Lösungen. In guter sozialpartnerschaftlicher Tradition werden wir die Rahmenbedingungen für die Arbeit in der Stadtverwaltung so verbessern, um auch diese Herausforderung zu meistern. Davon bin ich überzeugt. Ganz nach unserem Motto: Stark durch Zusammenhalt!

manfred.obermueller@wien.gv.at

Die Verhandlungserfolge zeigen, dass die Sozialpartnerschaft in Wien funktioniert.

8 Fakten zu den Gehaltsverhandlungen

Wer hat mit wem verhandelt? Was waren die Themen? Was wurde erreicht?
Wir geben Einblicke in die Gehaltsverhandlungen des Öffentlichen Dienstes.

1

WER mit WEM ?

Auf der Seite der Arbeitgeber*innen führten Mag. Werner Kogler, Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, und Finanzminister Dr. Magnus Brunner das Verhandlungsteam an. Auf der Seite der Arbeitnehmer*innen leiteten Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, und Eckehard Quin, Vorsitzender der GÖD, die Gespräche. Manfred Obermüller, Vorsitzender der Hauptgruppe 1, war ebenso Teil des Verhandlungsteams.

2

WANN und WO?

Die Verhandlungen fanden vom 20. Oktober bis zum 22. November 2023 im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, in der Sektion III: Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation, statt.

3

WIE?

Sachlich, sehr wertschätzend und konstruktiv liefen die Gespräche. Es wurde großer Wert darauf gelegt, dass die Gehälter erhöht werden und damit die Kaufkraft nachhaltig gesichert wird.

4

Die Benya-Formel

Sie ist die Grundlage jeder Gehaltsverhandlung, benannt nach dem ehemaligen Gewerkschafter Anton Benya. So sollen die jährlichen Lohnerhöhungen die Abgeltung der rollierenden Inflation plus den Wert des mittelfristigen Produktivitätszuwachses (Wirtschaftswachstum) umfassen. Dadurch soll die Kaufkraft der Arbeitnehmer*innen erhalten werden.

5

Rollierende Inflation

Am Beginn der Verhandlungen wird die rollierende Inflation zwischen Oktober des Vorjahres und September des laufenden Jahres außer Streit gestellt. Die Inflation ab Oktober des laufenden Jahres wird im kommenden Jahr bei der Gehaltsverhandlung des kommenden Jahres berücksichtigt. 2023 wurde in der ersten Verhandlungsrunde die Inflation 10/2022–09/2023 mit 9,15% außer Streit gestellt.

„Mit dem Abschluss konnten wir die Kaufkraft nachhaltig steigern.“

Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft



BILD © MARCUS EISENTEINER/YOUNION

Zweite Runde der Gehaltsverhandlungen 2024 im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, Sektion III: Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation in der Hohenstaufengasse am 6. November 2023

6

Wirtschaftswachstum

Der ÖGB bekennt sich in seiner Lohnpolitik zu einer Orientierung der Lohnsteigerungen an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Das Wirtschaftswachstum wird von den beiden Instituten WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) und dem IHS (Institut für Höhere Studien) für das laufende und das kommende Jahr berechnet. Das Wirtschaftswachstum liegt für 2023 bei $-0,4\%$ (WIFO) und $-0,8\%$ (IHS). Für 2024 nehmen die beiden Institute an, dass die Wirtschaft wieder wächst: WIFO um $+1,2\%$ und IHS um $+0,9\%$.

7

Themen

Thematisiert wurden das Engagement und die Leistungen der öffentlichen Verwaltung während der Inflations- und Teuerungskrise, der Personalmangel in vielen Bereichen sowie der zunehmende Druck durch neue Aufgaben.

8

Erfolg

Die Löhne und Gehälter werden voraussichtlich mit 1.1.2024 zwischen $9,71\%$ und $9,15\%$ steigen, mindestens aber um 192 Euro erhöht. Die Zulagen und Vergütungen werden ebenfalls um $9,15\%$ erhöht.

„Für mehr Gerechtigkeit brauchen wir jede und jeden!“

Was die SPÖ verspricht und warum das Recht auf ein leistbares Leben in der Verfassung verankert werden sollte, erklärt SPÖ-Bundespartei-vorsitzender Andreas Babler im teamwork-Interview.

Zauner-Lohmeyer: Du warst im Sommer in ganz Österreich unterwegs. Welches Thema beschäftigt deiner Meinung nach die Österreicher*innen am meisten?

Babler: Das Grundrecht auf ein leistbares Leben in allen Bereichen: ein Recht auf leistbare Lebensmittel und Energie, leistbares qualitativvolles Wohnen, eine Gesundheitsversorgung, auf die man sich verlassen kann, ohne lange Wartezeiten und die Notwendigkeit einer Kreditkarte. Aber auch das Grundrecht der Kinder auf die besten Bildungseinrichtungen und das Recht der Frauen auf ökonomische Gleichstellung mit einer verpflichtenden Lohntransparenz.

Du möchtest das „leistbare Leben“ auch in der Verfassung verankern?

Ja, als ein Staatsziel. Es soll eine durch die Verfassung festgelegte, staatliche Preisstabilität für all-

jene Güter geben, die zur Befriedigung der Grundbedürfnisse dienen. Durch das Verankern in der Verfassung wäre jede Bundesregierung dazu verpflichtet, bei Überschreitung der Inflation von zwei Prozent in den Markt einzugreifen, durch Preisobergrenzen oder Preisregulierungen.

Gibt es so eine Regelung bereits in einem anderen Land?

Ja, in der Schweiz. Dort funktioniert das gut. Die Inflation lag in den letzten zwei Jahren deutlich unter jener Österreichs.

Du sprichst im Zusammenhang mit den ÖVP-geführten Regierungen der letzten Jahre immer wieder von der Periode der Abrissbirne. Was meinst du konkret damit?

Unter Abrissbirne meine ich die Einführung des 12-Stunden-Tages im Jahr 2018, die härtesten Pensionskürzungen der Zweiten Re-

publik unter Schwarz-Blau eins, die Zerschlagung der Arbeitnehmer*innen-Selbstverwaltung der Krankenkassen. Vieles hat sich in der Vergangenheit in die falsche Richtung entwickelt: Vor 20 Jahren haben die Top-Manager*innen in börsennotierten Unternehmen das 15-fache vom Durchschnittsgehalt ihres Unternehmens bezogen und heute ist es das 60 bis 80-fache! Wir erleben ein kaputtes Gesundheitssystem, ein kaputtes Bildungssystem und massive Verschlechterungen für die Arbeitnehmer*innen. Das meine ich mit Abrissbirne.

Was ist dein Gegenmodell?

Wir arbeiten mit dem Versprechen, das Kreisky in den 1970er-Jahren abgegeben hat: dass man von seiner Arbeit gut leben und sich etwas aufbauen kann – und dass es der nächsten Generation einmal besser geht. Das bedeutet: All das, was Schwarz-Blau zer-





BILD: © MICHAELA BRÜCKBERGER/HGT

Andreas Babler: „Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchsetzen!“

schlagen hat, wollen wir wieder aufbauen. Das ist das Versprechen, das ich stellvertretend für die Sozialdemokratie gebe.

Hinter dir an der Wand sehe ich Bruno Kreisky. Gibt es Dinge, die du dir von ihm abgeschaut hast?

Neben Kreisky gibt es in der Sozialdemokratie noch viele andere große Persönlichkeiten. Wir hatten und haben starke Frauen, zum Beispiel Johanna Dohnal, die mich stark geprägt hat. Was man von Kreisky lernen kann? Dass es ein Politikversprechen geben

muss! Nicht die Menschen sind ein Problem, sondern die Bedingungen, unter denen sie leben und arbeiten. Mein genereller Zugang ist, dass Politik Bedingungen garantieren und verbessern muss. Das ist der Unterschied zu dem, was wir jetzt erleben. Ich stehe für einen Paradigmenwechsel.

Wie sieht dieser Paradigmenwechsel aus?

Ich denke, dass die Menschenfreundlichkeit die große Unterscheidung ist. Wir erleben aktuell Respektlosigkeit und Menschen-

feindlichkeit. Und da meine ich nicht nur die FPÖ, die Meisterin in dieser Disziplin, sondern vor allem auch die ÖVP. Wir haben ein Video mit ÖVP-Obmann Karl Nehammer erlebt, in dem er über Kinder abfällig spricht, die armuts- und ausgrenzungsgefährdet sind. Wir haben gesehen, wie er über Frauen gesprochen hat, die in Teilzeit arbeiten. Da steckt ja ein Frauenbild dahinter, das im Jahr 2023 in einer politischen Funktion nichts verloren hat. Und auch seine Respektlosigkeit gegenüber allen Arbeitnehmer*innen, die aus Sicht der ÖVP auf gerechte Löhne verzichten sollen. Um auf deine Frage zurück zu kommen: Wichtig ist es, Menschen zu mögen! Es ist eine Eigenschaft, die in der Politik notwendig ist. Nur so kann man menschenfreundliche Politik denken und umsetzen.

Wenn du Bundeskanzler wärst, wie würde die Steuerpolitik aussehen?

Wir waren in Österreich immer stolz auf die beste Gesundheits- und Pflegeversorgung, auf sichere Pensionen und die besten Bildungseinrichtungen für unsere Kinder. Dann kam die von Schwarz-Blau initiierte Periode der Abrissbirne. Wir Sozialdemokrat*innen wollen wiederaufbauen, was von Schwarz-Blau zerstört wurde. Dazu braucht es eine gerechte Gegenfinanzierung. Wir brauchen Steuern, die wirklich steuern. Wir wollen den Faktor Arbeit entlasten, dafür sollen die Superreichen durch Millionärsteuern ihren gerechten Beitrag zur Gesellschaft leisten. Wir wollen auch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchsetzen und insgesamt darauf schauen, dass am Ende mehr Netto vom Brutto im Börsel übrigbleibt.

„Wir wollen all das, was Schwarz-Blau zerschlagen hat, wieder aufbauen.“



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/HGT

Andreas Babler ist gegen die Anhebung des Pensionsalters

Warum ist es der SPÖ ein großes Anliegen, dass die Arbeitszeit verkürzt wird?

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität muss Schritt für Schritt auch den Arbeitnehmer*innen zugutekommen. Wir wollen die Umsetzung in den nächsten Jahren stufenweise machen, branchenspezifisch, mit Einbindung der Sozialpartner*innen.

Wie stehst du zur Forderung der ÖVP, das Pensionsalter anzuheben?

Wir sagen: 45 Jahre sind genug! Jeder und jede Dritte geht aktuell aus dem Krankenstand in die Pension. Unser Ansatz ist, dass alle unter guten Arbeitsbedingungen arbeiten und dann gesund mit 65

in Pension gehen können. Und wir brauchen auch eine staatlich abgesicherte Pension. Das ist eine Frage des Respekts den Pensionist*innen gegenüber.

Wenn jemand dich persönlich kennenlernen möchte. Wo bist du anzutreffen?

In jedem Bezirk, im Rahmen der Comeback-Tour durch ganz Österreich. Ich bin davon überzeugt, dass es notwendig ist, dass Politik unmittelbar direkt vor Ort stattfindet. Ich bin auf vielen Veranstaltungen, und gleichzeitig kann man mich auf vielen Kanälen erreichen. Besonders die jüngeren Menschen erreiche ich über die sozialen Medien und über WhatsApp. Ich habe ein hervorragendes Team an meiner Seite, welches auch persönliche Anliegen bearbeitet.

Klingt nach einer anstrengenden Tour?

Ja, definitiv. Sie ist aber auch sehr lohnend. Ich bin 29 Jahre in

Andreas „Andi“ Babler

geboren 1975 in Mödling, seit 2014 Bürgermeister der Stadtgemeinde Traiskirchen, Mitglied des Bundesrats und seit Juni 2023 Bundespartei-vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Er ist verheiratet und hat eine Tochter.

Besonders wichtig ist für mich:

Gerechtigkeit

Was ich gar nicht mag:

Hinterzimmerdeals und Machtspiele

Gewerkschaft:

Wichtiger denn je!

Lieblingsspeise:

Tiroler Gröstl

Hobbies:

Hündin Ika

Sport:

Basketball

Lieblingsbuch:

„Der Mann, der Hunde liebte“ von Leonardo Padura

Du willst Andi Babler persönlich treffen?

Die Termine der Comeback-Tour für 2024 sind in

Planung: www.spoee.at/comebacktour

der Kommunalpolitik und knapp zehn Jahre Bürgermeister von Traiskirchen. Dabei war es immer mein Selbstverständnis als Politiker, den Menschen nahe zu sein, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, um ihre Anliegen zu verstehen und Politik zu machen, die die Lebensbedingungen der Menschen verbessert. Für mehr Gerechtigkeit brauchen wir jeden und jede!

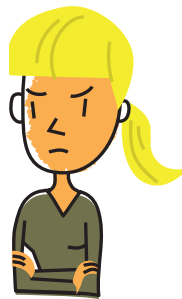
chefredakteurin@fsg-hg1.at

„Wir brauchen Steuern, die wirklich steuern.“

Querraunzerin**Die Freiheit,
die die FPÖ meint**

Könnt ihr euch noch erinnern? Es ist Jahrzehnte her, dass ein gewisser Jörg Haider seine Kritik an den „Systemparteien“ und „Systemmedien“ zwischen zwei Buchdeckel presste: „Die Freiheit, die ich meine“ heißt das Buch, und sein Nach-Nach-Nach-Nach-Nach-Nach-Nach-Nach-Nach-Nachfolger ruft sich jetzt gleich zum „Volkskanzler“ aus: Herbert Kickl. Er macht kein Hehl daraus, was er von Demokratie hält. Der Mann, der als Innenminister entlassen worden ist, der zuvor noch vorgeschlagen hatte, Asylwerber*innen „konzentriert an einem Ort“ unterzubringen, der wähnt sich seit Monaten im Höhenflug. In Umfragen liegen die Freiheitlichen deutlich über der 30-Prozent-Marke, weit vor SPÖ und ÖVP. Und das stimmt mich echt nachdenklich! Wie kann es sein, dass Kickls Vokabular den Menschen so imponiert und sie nicht abschreckt? „CO₂-Sinnlossteuer, ORF-Zwangssteuer, Klimaterroristen“, um nur einige Beispiele zu nennen. Kickl glaubt allen Ernstes, es gäbe eine „Corona-Diktatur“, einen „Gender-Wahnsinn“ und sieht eine „Jagd auf den Verbrennungsmotor“. Doch damit trifft er offenbar den Zeitgeist und kann sich als Kämpfer gegen die „selbsternannten Eliten“ positionieren. Dieses „Erlöser-Gehabe“ wirkt offenbar auf viele „cool“, und für viele Menschen scheint dadurch ein Herzenswunsch in Erfüllung zu gehen: es „denen da oben“ einmal richtig zu zeigen.

All das ist ein Spiel mit dem Feuer. Denn die Agenda von Kickl und seinen Freunden lässt sich mit der von Viktor Orbán, des ungarischen Premiers, vergleichen: Hemmungslos Förderungen der EU kassieren,

**Kickl steht für die
Verachtung der
Demokratie und
des Rechtsstaats**

aber gleichzeitig gegen die Grundwerte der Union verstoßen, die Demokratie aushöhlen, die Medienfreiheit und den Rechtsstaat beschränken sowie ohne Skrupel Parteigünstlinge in Machtpositionen hieven. Wollen wir so etwas tatsächlich auch in Österreich?

Viele haben offenbar schon wieder vergessen, wie sich die Freiheitlichen in ihren Regierungseteiligungen aufgeführt haben. Aber auch ihre aktuelle Performance ist eine Katastrophe. Der Kärntner FPÖ-Parteichef Erwin Angerer bezeichnet Kindergärten als „kommunistische Umerziehungslager“ und will die SPÖ-Gesundheitslandesrätin „im Landtag herprügeln“. Der oberösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner kündigt an, unter FPÖ-Kanzler Kickl „Islamisten und Journalisten das Benehmen zu lehren“. Geht's noch?

In wenigen Wochen beginnt das neue Jahr – und 2024 wird ein entscheidendes Jahr: Spätestens im Herbst wird der Nationalrat gewählt. Man muss sich da schon fragen: Wollen wir solchen Leuten die Verantwortung im Land überlassen? Ich sage: Nein! So unzufrieden kann ich gar nicht sein, dass ich diesen Typen auf den Leim gehe. Fakt ist: Unter einer FPÖ-Kanzlerschaft drohen massive demokratie- und gesellschaftspolitische Rückschritte – ganz besonders auch für Frauen. So etwas will ich nicht!

Wilma

MA 2 garantiert verlässliche Gehaltsüberweisung

Über 100.000 Abrechnungen sind pro Monat für verschiedenste Berufsgruppen fällig. Berechnungen werden immer komplexer, erfahrene Gehaltsverrechner*innen immer weniger.



BILD: © GEORG WILKE/MG

Alexander Strasser
Vorsitzende-
Stellvertreter
DA 102 - Personal

Wer bei der Stadt Wien arbeitet, kann sich auf die pünktliche Gehaltsüberweisung der MA 2 verlassen – das ist in der Privatwirtschaft nicht immer eine Selbstverständlichkeit! Möglich ist das durch ein ausgeklügeltes Zusammenspiel von hochspezialisierten Fachkräften, komplexen Abläufen und vernetzten EDV-Systemen. Jeden Monat führt die MA 2 über 100.000 Gehalts- bzw. Pensionsabrechnungen durch – mit allen Spezialerfordernissen für Lehrlinge, Beamt*innen, Vertragsbedienstete (VBO 1995 oder Wiener Bedienstetengesetz), Saisonarbeiter*innen, Pensionist*innen und viele mehr. Sind die Gehaltszettel dann online, laufen bei den „Gehaltsreferent*innen“ tagelang die Telefone heiß und quellen die E-Mail-Postfächer vor Anfragen noch mehr über.

Anspruchsvoll

Allerdings werden die „g’standenen Besolder*innen“ nun rasch weniger: Viele der Wissensträger*innen erreichen das Pensionsalter, oder sind gerade wegen ihrer exzellenten Kenntnisse längst überbeansprucht. Gleichzeitig nehmen individuelle und anspruchsvolle Berechnungsaufträge, z. B. für gerichtliche Streitfälle, Vergleiche, Gerichtsurteile, rückwirkende Aufrollungen und dergleichen stark zu. Solche Be-



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/ANDREY, POPOV

Die Personalsituation spitzt sich aufgrund des Generationenwechsels bei Lohn- und Gehaltsverrechner*innen zu

rechnungen erfordern tiefgreifende Sozialversicherungs- bzw. steuerrechtliche Kenntnisse – und zwar auf Sachverständigen-niveau. Dabei ist die Arbeit als Gehaltsverrechner*in abwechslungsreich, verantwortungsvoll und interessant – wer Spaß am Tüfteln und Kombinieren hat, ist in der Gehaltsverrechnung der MA 2 genau richtig.

Entlastung nötig

Die Kolleg*innen stöhnen allerdings seit Jahren unter der ständig wachsenden Aufgaben- und Themenflut: Derzeit führt ein/e Gehaltsreferent*in ca. 1.000 Personen, ein/e Pensionsreferent*in sogar ca. 2.700. Nun kommen

auch noch die lange vorhergesagten Auswirkungen des Generationenwechsels hinzu. Darum fordert die Personalvertretung der MA 2 seit Jahren eine strukturierte Fachausbildung in der Gehaltsverrechnung. Denn seit 2019 ist der Beruf Lohn-/Gehaltsverrechner*in österreichweit als Mangelberuf gelistet. Auch in der Privatwirtschaft sind diese Fachkräfte heiß begehrt. Aus Sicht der Personalvertretung ist eine deutliche Personalaufstockung unumgänglich, um die gewaltige Aufgabenlast der Kolleg*innen eines Tages endlich wieder auf ein zumutbares Maß zu bringen.

In Ausbildung und Personal muss massiv investiert werden!

alexander.strasser@wien.gv.at

Starkes Zeichen der Wiener Elementarpädagogik

Die Teilnahme an der wienweiten öffentlichen Informationsveranstaltung am 24. Oktober war beeindruckend! Innerhalb einer halben Stunde waren die 3.000 Warnwesten der younion restlos vergriffen.

Mehr als 4.000 Kolleg*innen der MA10 haben Ende Oktober die Bundesregierung zum wiederholten Mal aufgefordert, endlich zu handeln. Bei der anschließenden Demonstration über den Ring waren sage und schreibe 12.000 Bedienstete aus allen pädagogischen Bereichen dabei – bereit, gemeinsam für die notwendigen Reformen auf die Straße zu gehen. Auch Familien mit ihren Kindern und Bedienstete aus anderen Dienststellen standen uns solidarisch zur Seite.

Denn nicht nur in der MA10, wien- und auch österreichweit stehen wir alle vor dem gleichen Trümmerhaufen! Die Bundesregierung und der Bildungsminister schauen tatenlos zu, obwohl viele unserer Forderungen rasch realisiert werden könnten.

Um die Förderung der Kinder wieder in den Mittelpunkt zu rücken, fordern wir:

- Reinigungspersonal zur Entlastung der Assistent*innen
- Administratives Personal zur Unterstützung der Leiter*innen
- Supervision in der Dienstzeit
- Aufstockung der Psycholog*innen um 13 Personen
- Ausbau von multiprofessionellen Teams zur Unterstützung der Mitarbeiter*innen
- Aufnahme der Assistenzpädagog*innen als Berufsgruppe ins Gesetz
- Aufwertung aller Berufsgruppen im elementarpädagogischen Bereich



„Wir werden so lange wieder hergehen, bis wir gehört werden“, betonte HG1-Vorsitzender Manfred Obermüller mit Nachdruck

- 1 % des BIP für den elementaren Bildungsbereich
- Aus- und Weiterbildungsoffensiven in ganz Österreich
- Neuberechnungen des Erwachsenen-Kind-Schlüssels
- Einheitliches Bundesrahmengesetz

Diese Forderungen hat die younion bereits erfolgreich verhandelt:

- Zusage des baldigen Einsatzes von Reinigungskräften zur Entlastung der Assistent*innen in mehreren Bezirken
- Gemeinsamer zusätzlicher pädagogischer Tag am „Tag der Elementarpädagogik“ für alle Kindergärten und Horte

- Zwei Weiterbildungstage für Assistenzpädagog*innen
- Verbesserung für alle Mitarbeiter*innen in den allgemeinen Geschäftsbedingungen
- Vereinbarung zur Inanspruchnahme der Altersteilzeit vor zeitnahe Abschluss
- Verhandlungsbeginn zur korrekten Entlohnung für alle Berufsgruppen für:
 - Nachsichten
 - Kinderdienst
 - Dienstzulage (inklusive Elementarpädagog*innen)
 - Abgeltung der ständigen Stellvertretung

julia.fichtl@wien.gv.at

Migrant*innen trifft **Teuerung** besonders hart

Für 23 Prozent der Wiener*innen mit Migrationshintergrund reicht das verfügbare Einkommen nicht mehr aus, bei Menschen ohne Migrationshintergrund sind es 15 Prozent.



Der tägliche Einkauf bedeutet für viele die Reduktion auf das Notwendigste

nehmen sollen. Dass der Elternverein einige Kosten übernimmt, wissen leider die meisten Eltern aufgrund der sprachlichen Hürden nicht.

Ungenutzte Chancen

Die MA 17 lädt im Rahmen des Projekts „Dein Wien.Deine Stadt“ Wiener*innen zum Austausch über verschiedene Themen ein, die sie bewegen. Die beiden letzten Dialogrunden haben gezeigt, dass die Mehrsprachigkeit von Migrant*innen kaum als Potential gesehen wird. Auch ihre vielfältigen Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, werden nicht anerkannt. Im Gegenteil, Menschen mit Migrationshintergrund werden in den Niedriglohnsektor „gedrängt“ und ihre Aufstiegschancen sind sehr gering, da es in den meisten Bereichen noch immer Diskriminierungen aufgrund der Herkunft gibt.

Was tut die Regierung?

Sollte die Regierung nicht endlich dafür sorgen, dass „harte“ Arbeit nicht so hoch besteuert wird, damit den Menschen mehr in der Geldbörse bleibt? Sollte die Regierung nicht endlich eine Mietpreisbremse einführen? Sollte die Regierung nicht endlich die Familien entlasten, die es wirklich brauchen? Denn egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund: Armut – besonders die Kinderarmut – geht uns alle etwas an.

ranjit.kaur@wien.gv.at

Die Corona-Krise hat gezeigt, wer unsere wirklichen Held*innen sind: Frauen und insbesondere Migrant*innen. Sie arbeiten vor allem im Gesundheitsbereich (Pflegepersonal, 24-Stunden-Betreuung etc.), im Handel, in der Reinigung, in der Kinderbetreuung, im Transportwesen oder bei Lieferdiensten – meist unter schwierigen und schlechten Arbeitsbedingungen zu einem sehr niedrigen Einkommen. Die Armutsgefährdung ist vor allem bei Menschen mit Migrationshintergrund darum besonders groß.

Wegen der Teuerung können sich nun viele von ihnen die Wohnung nicht mehr leisten. Es entstehen Mietrückstände, weil die Inflation den Reallohn frisst und den Menschen immer weniger bleibt, um die Fixkosten abzudecken. Durch die nicht vorhandene finanzielle Absicherung kommt es oft zu prekären Wohnsituationen.

Für Familien ist wiederum die Schule eine der größten Herausforderungen, da die Kosten für Ausflüge, Bastelmaterial, Zeitschriften, Hefte und alles, was in der Klasse für alle bestellt wird, steigen und steigen. Viele wissen nicht, woher sie das zusätzliche Geld für diese Aktivitäten

**Menschen sollten nicht im Stich
gelassen werden!**



Ranjit Kaur
Personalvertreterin
DA 106 - Jugend,
Bildung, Integration,
Stadtservice, Sport,
Presse und Frauen-
fragen

Maßnahmenpaket für konkrete Hilfe bei Mietschulden

Das Case Management-Team von Wiener Wohnen berät, welche finanziellen Unterstützungen bei Problemen mit Miet- und Energiekosten in Frage kommen – und welche Anlaufstelle in der Stadt dafür zuständig ist.

Ob Gemeindebau, Privat- oder Genossenschaftswohnung – in Wien wird Mieter*innen in Notlagen geholfen. Ein eigenes Service für den Gemeindebau von Wiener Wohnen klärt im Rahmen von persönlichen kostenlosen Beratungen, welche Maßnahmen für die bzw. den Betroffene/n in Frage kommen.

Wohnungssicherung Plus

Unterstützung durch Wohnungssicherung Plus kann allen Mieter*innen gewährt werden, wenn die Mietschulden mehr als 400 Euro betragen und eine Beihilfe (z. B. Mindestsicherung, Notstandshilfe, Arbeitslosengeld, Rehabilitationsgeld, Krankengeld, o. Ä.) bezogen wird. Wenn die Voraussetzungen erfüllt werden, übernimmt die Stadt Wien 70 Prozent der Mietschulden – diese werden direkt an den/die Vermieter*in oder die Hausverwaltung überwiesen. 30 Prozent müssen von den Antragsteller*innen selbst erbracht werden. Bei der Antragstellung helfen die Kolleg*innen der MA 40 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht.

WOHNSCHIRM

Der WOHNSCHIRM – ein Programm des Sozialministeriums – schützt vor Wohnungsverlust und unterstützt bei zu hohen Energiekosten. Er kann Mietschulden übernehmen, bei einem Umzug in eine leistbare Wohnung finanziell unterstützen oder Energierechnungen begleichen. Mieter*innen von Gemeinde-

bauwohnungen werden von den Sozialarbeiter*innen bei Wiener Wohnen dazu beraten;



BILD © JENNIFER FETZ/WIENER WOHNEN

Mieter*innen von privat vermieteten bzw. von Genossenschaftswohnungen von den Kolleg*innen bei FAWOS – den Fachstellen für Wohnungssicherung.

Gemeindebau-Bonus

Zusätzlich wurde der Gemeindebau-Bonus bei Wiener Wohnen eingeführt, eine außerordentliche Unterstützung aufgrund der besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage. Im Rahmen dieser einmaligen Maßnahme wurden im September 50 Prozent des Nettomietzinses, ohne Betriebskosten und Umsatzsteuer, gutgeschrieben. Ein zweiter Bonus wird für Mietsteigerungen in den Jahren 2022 bzw. 2023 gewährt und zum Jahresende 2023 erneut gutgeschrieben.

christian.stift-akkilic@wien.gv.at



BILD © PETRA SPIOLA/HGT

Christian Stift-Akkilic
Vorsitzender-Stellvertreter DA 113 – Wohnungswesen und Liegenschaften

Anlaufstellen und weitere Informationen:

Wohnungssicherung Plus

Antrag online: wien.gv.at/wohnungssicherung-plus
Telefonische Beratung: 01 4000 8040 von Montag bis Freitag, 8 bis 18 Uhr

WOHNSCHIRM

Informationen online: wohnschirm.at
Telefonische Beratung für Gemeindebaummieter*innen bei Wiener Wohnen: 05 75 75 75

Telefonische Beratung für Mieter*innen von Privat- und Genossenschaftswohnungen: FAWOS – Fachstelle für Wohnungssicherung: 01 218 56 90

Nicht nur Preise steigen ...

Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter*innen der MA 40 erhöht sich, da das Angebot an Sozialleistungen für in Bedrängnis geratene Menschen rasch und unbürokratisch ausgebaut wurde.



BILD: © PETRA SPOLA/INGI

Friedrich Heider
Vorsitzender Stellvertreter DA 115 - Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht

Neben den gestiegenen Lebensmittelpreisen machen vor allem die hohen Energiekosten für Gas und Strom, die Kosten für Mieten sowie die schnell steigenden Zinsen für Kredite den Bürger*innen das Leben schwer. Die österreichische Bundesregierung hat es nicht geschafft, sinnvolle Eingriffe in die Preisgestaltung vorzunehmen, um die Inflation zu dämpfen, damit das Leben halbwegs leistbar bleibt.

Schnelle Hilfe

Die Stadt Wien hat im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten und auch durch finanzielle Mittel des Bundes sehr rasch einige Maßnahmen für die Bevölkerung in die Wege geleitet: z. B. die Energieunterstützung Plus, den Wiener Wohnbonus oder die Wiener Wohnungssicherung Plus.

... hilft doppelt!

Die schnelle Umsetzung dieser Maßnahmen ist vor allem dem enormen Einsatz unserer Kolleg*innen zu verdanken. In kurzer Zeit wurden Verfahren zur IT-gestützten Online-Antragstellung sowie zur Bearbeitung der Anträge geschaffen. Damit war es möglich, den Antragsteller*innen die benötigten Leistungen innerhalb kurzer Zeit zur Verfügung zu stellen. Beim Wiener Wohnbonus zum Beispiel war die Unterstüt-



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/STOCK-ASSO

IT-Applikationen helfen, die vielen hunderttausend Anträge zeitnah zu bearbeiten

zungsleistung in den allermeisten Fällen bereits drei Tage nach Antragstellung auf dem entsprechenden Konto.

Um die Beihilfen gegen die Teuerung zu realisieren, mussten weit über 60 Mitarbeiter*innen von der Personalstelle aufgenommen werden. Auch die Einrichtung der Arbeitsplätze, die Einschulung der neuen Kolleg*innen, die Umsetzung der Verwaltungsverfahren, die Bereitstellung der IT-Applikationen, aber vor allem die Bearbeitung der vielen hunderttausenden Anträge in so kurzer Zeit waren nur mit einem Kraftakt zu bewältigen.

Diese großartige Leistung unserer Kolleg*innen in der Verwaltung und der Sozialarbeit hilft nicht nur, das finanzielle Leid der Bevölkerung zu lindern, sondern vor allem auch, den sozialen Frieden in unserer Stadt zu sichern. Sie alle erbringen bereits im „normalen“ Aufgabenvollzug wahre Höchstleistungen – dank ihres massiven Einsatzes konnte der Mehraufwand in kürzester Zeit bewerkstelligt und ein großer Beitrag zur Linderung der Teuerung geleistet werden.

friedrich.heider@wien.gv.at

60 Kolleg*innen wurden für die Administration der Beihilfen aufgenommen.

Kinderarmut ist eine Schande!

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt, dennoch sind 17,5 Prozent der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Jedes fünfte Kind in Österreich ist von Armut und Ausgrenzung betroffen!



Alleinerziehende sind stärker armutsgefährdet

Die Situation armutsgefährdeter Kinder hat sich in den letzten Jahren massiv verschärft, tagtäglich sind wir mit den Auswirkungen von immer größer werdender Armut auf die Familien im Rahmen unserer Arbeit konfrontiert. Schon während der Corona-Pandemie waren die Mitarbeiter*innen der Familienzentren, der Regionalstellen Soziale Arbeit sowie von Mobile Arbeit mit Familien in den Beratungen stark mit massiven Belastungen von Familien

gefordert, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in Bezug auf generelle Alltagsthemen.

Situation wird schlimmer

Die steigende Inflation verschärft die Probleme von Familien nun weiter. Themen wie die Finanzierung des Wohnraums, Mieterhöhungen, massiv steigende Energiekosten und lange Wartezeiten auf finanzielle Aushilfen beschäftigen die Kolleg*innen in der täglichen Beratung, stellen sie vor große Herausforderungen. In den Familienzentren bieten sie betroffenen Familien neben psychischer Entlastung durch ein hochprofessionelles Gesprächsangebot auch kurzfristige Überbrückungshilfen in Form von Krisengeld, Sach- und Kleiderspenden. Außerdem helfen die Mitarbeiter*innen, die aktuelle

finanzielle Lage zu strukturieren und unterstützen bei Antragstellungen für weitere Hilfen.

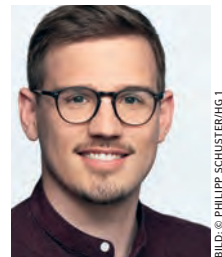
Not wird immer größer

Drohender Wohnungsverlust, Energierechnungen, die nicht mehr bezahlt werden können, und nicht genug Geld, um die täglichen Bedürfnisse der Kinder zu stillen, führen zunehmend zur Überforderung von Eltern sowie zu psychischen Belastungen für alle Familienmitglieder. Daraus ergeben sich vielfache Gefährdungsmomente für Kinder, denen durch die Soziale Arbeit in den Regionalstellen entgegengewirkt wird. Insbesondere die Mobile Arbeit mit Familien, die direkt in den Familien arbeitet und diese begleitet, erlebt die Not und die steigende Armut mit all ihren Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche hautnah mit.

Kinderarmut ist kein Mythos, sondern Fakt. Dies belegen Zahlen der Volkshilfe und der Armutskonferenz. Kinderarmut ist nachweislich gesundheitsgefährdend, grenzt Kinder und Jugendliche aus – und nimmt ihnen die Chance, die Zukunft förderlich in ihrem und im Sinn der Gesellschaft zu gestalten.

stefan.rudolph@wien.gv.at
silvia.winand@wien.gv.at

Die Inflation heizt die finanziellen Probleme der Familien an.



Stefan Rudolph
Vorsitzende-Stellvertreter DA 129 - Ämter für Jugend und Familie



Silvia Winand
Personalvertreterin DA 129 - Ämter für Jugend und Familie

Details zur Kinderarmut in Österreich:

www.armutskonferenz.at
www.volkshilfe.at - Armut und Kinderarmut

Wenn am Anfang des Monats zu wenig Geld bleibt!

Was mache ich, wenn mein Krankengeld ausläuft und ich noch nicht arbeiten kann? Wie kann ich mir dann die Wohnung leisten? Wie verhindere ich die Absperrung meiner Heizung?

Muss ich in eine billigere Wohnung ziehen? Solche Fragen, Befürchtungen und Ängste werden immer öfter an die Mitarbeiter*innen der Betrieblichen Sozialarbeit herangetragen. In letzter Zeit geht es immer öfter um finanzielle Probleme. Das Sozialarbeiter*innenteam bietet Beratung und Unterstützung bei der Lösung von arbeitsplatzbezogenen, persönlichen und gesundheitlichen Problemen. Das Angebot des Fachbereichs Betriebliche Sozialarbeit der MA 15 richtet sich an alle Mitarbeiter*innen des Magistrats der Stadt Wien.

Beratung und Hilfe

„Viele Kolleginnen und Kollegen spüren die Auswirkungen der Teuerung. Das Bezahlen der Stromrechnung, der Miete wird oft zum Problem“, weiß Toni Laske, Mitarbeiter der Betrieblichen Sozialarbeit. „Immer wieder wird versucht, durch aufgenommene Kredite gegenzusteuern, was in Folge in eine Katastrophe mündet. Zum Schluss haben die Betroffenen nicht nur Miet- und Stromschulden, sondern auch noch Bankschulden. Manche versuchen dann auch noch, die Probleme zu verdrängen, flüchten sich in Süchte (Alkohol-, Drogen- oder Spielsucht), andere werden völlig handlungsunfähig und leiden unter starken Depressionen.“

Professionelle Hilfe, wenn die Schulden über den Kopf wachsen.

Die Betriebliche Sozialarbeit versucht zu unterstützen und Wege aufzuzeigen, wie das Ziel erreicht werden kann, dass bis zum Ende des Monats noch Geld bleibt. „Unser Angebot ist kostenlos, richtet sich sowohl an die betroffenen Kolleg*innen als auch an deren Vorgesetzte. Wir versuchen im Erstgespräch abzuklären, wie und durch wen geholfen werden kann, führen an spezielle Einrichtungen heran – Schuldnerberatung, Wohnschirm, Suchthilfe, Psychotherapie usw. Auf

Wunsch bereiten wir Amtswege vor. Bei schwierigen Wegen werden die Betroffenen manchmal auch begleitet“, fasst Andrea Blei, Leiterin der Betrieblichen Sozialarbeit, das Leistungsspektrum zusammen. Bei Bedarf werden von den Mitarbeiter*innen der MA 15 auch Hausbesuche gemacht. Alle Sozialarbeiter*innen unterliegen selbstverständlich der Verschwiegenheit.

andrea.blei@wien.gv.at
anton.laske@wien.gv.at



Schneller als man glaubt kann sich ein erdrückender Schuldenberg aufbauen

MA 15 - Gesundheitsdienst, Fachbereich Betriebliche Sozialarbeit

1070 Wien, Hermannsgasse 24-26

t: 01 4000 75885

e: betrieblichesozialarbeit@ma15.wien.gv.at

Sie fragen – wir antworten

Es gibt immer wieder Fragen, wie etwas im Dienst- und Besoldungsrecht genau geregelt ist. Unsere Fachreferent*innen informieren Sie in jeder Ausgabe über alle Details zu den häufigsten Themen.



Julia Fichtl

Wann wird der Wert der Essensmarken erhöht?

Grundsätzlich sollten die Essensmarken in der Woche verbraucht werden, für die sie gedacht sind. Wir wissen aber aus der Praxis, dass es vor allem auf die Örtlichkeit der Dienststelle ankommt, ob das überhaupt möglich ist oder nicht. Auch aufgrund fehlender personeller und zeitlicher Ressourcen können nicht immer alle Marken zeitgerecht eingelöst werden. Bei manchen Bediensteten sammeln sich dann so einige Marken an, die vermutlich für Monate reichen würden.

Wichtig: Achten Sie darauf, dass Sie alte Marken unbedingt verbrauchen, bevor sie verfallen!

Die finalen Expert*innenrunden zur Erhöhung der Essensmarken wurden nun abgeschlossen.

Auf unser Zutun hin wurden Sie deshalb von Ihrer Dienststelle bereits vor Wochen über zwei wichtige Stich-tage informiert:

- Mit 01.02.2024 werden die Essensmarken NEU mit einem Wert von zwei Euro eingeführt.
- Mit 29.02.2024 sollten Sie alle „alten“ Essensmarken verbraucht haben, denn diese verlieren ab 01.03.2024 ihre Gültigkeit.

Um die Unterscheidung der Essensmarken zu erleichtern, werden die Essensmarken NEU auf rotem Papier gedruckt. Diese werden allerdings nur als Übergangslösung eingesetzt. Koordiniert von der MD-PR wird mit Vertreter*innen der Dienststellen sowie der younion an modernen elektronischen Varianten gearbeitet, um in Zukunft eine Karten- und eine App-Lösung anbieten zu können.

julia.fichtl@wien.gv.at



Kurt Mrzena-Merdinger Darf die Dienstgeberin die Arbeitszeit einseitig festlegen oder verändern?

Die Bestimmungen über die Arbeitszeit sind im Dienstrecht der Stadt Wien geregelt. Unterschieden wird zwischen Fixer Arbeitszeit und Gleitender Arbeitszeit.

Fixe Arbeitszeit

Im Falle der Fixen Arbeitszeit ist ein Fixdienstplan zu erstellen, in welchem die Normalarbeitszeit nach Maßgabe des Dienstbetriebs möglichst regelmäßig und gleichbleibend aufzuteilen ist. In diesem Fixdienstplan ist die Normalarbeitszeit mit durchschnittlich 40 Stunden pro Woche und die Dauer des Durchrechnungszeitraums von maximal 52 Wochen festzulegen. Fixe Arbeitszeit liegt beispielsweise vor, wenn Bedienstete in einer Dienststelle zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs nach einem bestimmten Zeitplan – nämlich in Form des Turnus-, Wechsel- oder Schichtdiensts – eingesetzt werden.

Gleitende Arbeitszeit

Für alle anderen Bediensteten gilt Gleitende Arbeitszeit. In diesem Arbeitszeitmodell ist ein Gleitzeitrahmen zu definieren, in dem die Bediensteten jedenfalls Dienst zu versehen haben und prinzipiell Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit selbst bestimmen können. Der Gleitzeitdienstplan hat die Anzahl der Arbeitstage, den Gleitzeitrahmen sowie Blockzeit, Sollzeit und Servicezeiten mit entsprechendem Durchrechnungszeitraum zu enthalten.

Zustimmung der Personalvertretung

Bei der Aufteilung der Arbeitszeit bzw. der Festlegung der jeweiligen Rahmenbedingungen sieht das Wiener Personalvertretungsgesetz ein Zustimmungsrecht der Personalvertretung vor – eine einseitige Änderung seitens der Dienstgeberin ist zum Schutz der Bediensteten nicht zulässig.

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Reform des Bildungssystems ist ein **unabdingbares Muss**

Einst international hoch angesehen, wird unser Bildungssystem heute deutlich kritisiert. Es ist geprägt von sozialer Ungerechtigkeit, unzureichenden Ressourcen sowie der Vernachlässigung der Berufsschulen.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/BEARFOTOS

Trotz 21,2 Mrd. Euro im Jahr 2021 bleibt Österreich in Bezug auf Bildungsausgaben hinter vielen europäischen Ländern zurück. Laut OECD betragen die öffentlichen Bildungsausgaben in Österreich 2019 5,5 Prozent des BIP, leicht unter dem OECD-Durchschnitt von 6,2 Prozent. Schweden, Dänemark und

Das Bildungssystem muss dringend im 21. Jahrhundert aufwachen.

Richard Tiefenbacher, Jugend-Vorsitzender der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft

Norwegen geben sogar über 7 Prozent ihres BIP für Bildung aus.

Folgendes muss sich ändern, um das österreichische Bildungssystem aufzuwerten:

- **Soziale Ungleichheit:** Bildungschancen sind immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängig, was zu Benachteiligungen von Kindern aus bildungsfernen Familien führt. Das muss sich ändern, denn es kann nicht sein, dass Kindern deshalb die Bildung verwehrt wird.
- **Lehrermangel:** Qualifizierte Lehrkräfte sind in vielen Teilen Österreichs knapp, was zu überfüllten Klassen und Qualitätsproblemen führt. Lehrer müssen besser bezahlt und der Job muss attraktiver gemacht werden.
- **Modernisierung der Bildungsinhalte:** Das Bildungssystem ist zu unflexibel, um auf die sich wandelnde Welt und die Bedürfnisse der Schüler einzugehen. Wir brauchen eine Aktualisierung mit Fokus auf psychische Gesundheit, Medienkompetenz, politische Bildung, soziale und arbeitsrechtliche Grundlagen, Finanzbildung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit.
- **Berufsschulen upgraden:** Die Berufsschulen müssen dringend modernisiert werden, einschließlich Digitalisierung, Infrastrukturausbau und moderne Lehrmethoden. 200

Mio. Euro sollen investiert werden. Ziel: kürzere Unterrichtszeiten mit Zeit für individuelle Förderung.

- **Revolution der Lehrabschlussprüfung (LAP):** Statt einer umfassenden Abschlussprüfung fordern wir verpflichtende Kompetenzchecks während der Lehrzeit, öffentliche LAPs, digitale Prüfungsausstattung, Anfechtungsmöglichkeiten und Prüfungsförderung.
- **Mehr Perspektiven in der Lehre:** Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Matura während der Lehre, erleichterte Zulassung zum facheinschlägigen Studium nach Lehrabschluss sowie flächendeckende Vorbereitungskurse an Universitäten und kostenlose Meisterprüfungen zur beruflichen Höherqualifizierung.

Das österreichische Bildungssystem muss dringend im 21. Jahrhundert aufwachen und braucht Reformen und Investitionen, um allen Kindern bessere Chancen zu bieten. Es sollte nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch die Einzigartigkeit und Kreativität jedes Einzelnen fördern. Stattdessen erstickt es oft die Vielfalt an Talenten und Interessen. Die Modernisierung ist eine kollektive Verantwortung, die eine Zusammenarbeit zwischen Gesellschaft, Regierung und Bildungseinrichtungen erfordert.

sarah.popernitsch@wien.gv.at

Geht's noch, ÖVP?

Eine Regierungspartei sollte das Einende vor das Trennende stellen. Aber die ÖVP hat kein Interesse an Frauen und Arbeitnehmer*innen, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden.



BILD: © SYMBALFOTO SHUTTERSTOCK/DRAZEN ZIGIC

Frauen in Teilzeit werden von der ÖVP immer wieder massiv angegriffen. Den Beginn machte Arbeitsminister Martin Kocher mit seiner Aussage, dass Teilzeitkräfte geringere Sozialleistungen bekommen sollen. Nach massiver Kritik ruderte man gleich wieder zurück. Das war ja alles so nicht gemeint – von der Frauenministerin schweigend zur Kenntnis genommen.

Teilzeit oft nicht freiwillig

Es ist schon merkwürdig, dass Teilzeitkräfte in Österreich, großteils Frauen, so massiv kritisiert werden. Vor allem dass ganz selbstverständlich davon ausgegangen wird, die Entscheidung für Teilzeit wäre immer eine freiwillige. Wer mehr Geld haben will, soll

mehr arbeiten, sagt die ÖVP. Ja wenn das immer so einfach wäre. Mehr als die Hälfte der Frauen in Österreich arbeiten in Teilzeit, viele würden sehr gerne mehr arbeiten. Aber aufgrund verschiedener Betreuungspflichten ist ihnen das gar nicht möglich. Außerdem gibt es bei weitem nicht genügend Vollzeitstellen!

Leistung muss sich lohnen, sagt die ÖVP. Hängt Leistung wirklich nur davon ab, wie viele Wochenstunden gearbeitet wird? Das bedeutet nämlich im Umkehrschluss, dass Frauen in Teilzeit keine Leistung erbringen. Und dass die unbezahlte Familienarbeit, überwiegend immer noch von Frauen übernommen, nichts wert ist! Wie entlarvend

die zynischen, herablassenden Bemerkungen doch sind.

Kanzlermenü als Lösung

Für die ÖVP ist es unverständlich, dass es in Österreich Kinder gibt, die keine warme Mahlzeit bekommen – wo es doch McDonald's gibt. Ein Burger mit Pommes, schon hat man ein günstiges warmes Essen, wenn auch nicht so gesund. Dass die extreme Teuerung gesunde Lebensmittel für viele Familien unerschwinglich macht, dass die Mieten ständig steigen, bleibt seitens der ÖVP völlig unerwähnt. Kinderarmut gibt es nicht, glaubt die ÖVP.



BILD: © PETRA SPIOLA/HGI

Regina Müller
Frauvorsitzende
sowie Referentin für
Diversität

Traurig, dass die Frauenministerin das alles auch noch verteidigt, was denn falsch sei an den Aussagen. Ehrlich gesagt, einfach alles!

Die Gewerkschaften auch noch als Bremser der Nation hinzustellen und die Sozialpartnerschaft als Hindernis, schlägt dem Fass den Boden aus. Ohne Gewerkschaften und ohne Sozialpartnerschaft wäre Österreich kein so reiches Land. Konservative Politik hat einfach kein Interesse daran, das Geld dorthin zu leiten, wo es hingehört: zu den Arbeitnehmer*innen und in eine frauenfreundliche Politik.

regina.mueller@wien.gv.at

„Wie entlarvend die zynischen, herablassenden Bemerkungen doch sind.“

Arbeiten mit nicht-sichtbarer Behinderung bzw. Erkrankung

Rund 30 Prozent der Arbeitnehmer*innen kämpfen mit einer nicht-sichtbaren Erkrankung. Diese Behinderungen erhalten jedoch nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie andere, da sie weniger offensichtlich sind.



BILD: © PRIVAT

Gottfried Maier
Vorsitzender-
Stellvertreter der
Behindertenver-
trauenspersonen
der HG1

Was man nicht sehen kann, das gibt es eben nicht!? Auch wenn z. B. eine Autismus-Spektrums-Störung, Chronisches Fatigue-Syndrom, Endometriose, Epilepsie oder Fibromyalgie, Autoimmunerkrankungen, Migräne, Taubheit, Reizdarmsyndrom u. v. m. nicht sichtbar sind – Betroffene leiden unter ihrer gesundheitlichen Einschränkung. Dass viele Arbeitskolleg*innen willkürlich über die Schwere der nicht-sichtbaren Erkrankung urteilen, verschlimmert die Belastung zusätzlich.

Betroffene Personen verschweigen oft aus Angst ihre nicht-sichtbare Behinderung, aus Furcht vor dem Mangel an Verständnis und Akzeptanz in der Arbeitsstelle. Kolleg*innen, speziell Vorgesetzte, sind meist überfordert und darum leider schnell geneigt, den Ernst einer nicht-sichtbaren Erkrankung herunterzuspielen. Wie können wir Mitarbeiter*innen, die an einer Behinderung leiden, die nicht zu sehen ist, identifizieren und unterstützen?

- Suchen Sie den Dialog, offen und verständnisvoll – und zeigen Sie Betroffenen, dass sie sich in einem sicheren Umfeld befinden. Seien Sie bereit, Anpassungen am Arbeitsplatz vorzunehmen, die auf die individuellen Bedürfnisse der betroffenen Mitarbeiter*innen abgestimmt sind.

- Bemühen Sie sich um Aufklärungsarbeit und Einschulung zum Thema nicht-sichtbare Behinderungen, um die Akzeptanz für und den Umgang mit betroffenen Kolleg*innen zu verbessern.
- Nehmen Sie Rücksicht auf nicht-sichtbare Behinderungen bei der Leistungsbeurteilung. Als Behindertenvertrauensperson musste ich oft feststellen, dass Ideen von Kolleg*innen mit Behinderung ignoriert werden. Die meisten Mitarbeiter*innen

mit Behinderung haben auch das Gefühl, in ihrer Karriere festgefahren zu sein.

- Holen Sie sich für den Umgang mit Mitarbeiter*innen mit nicht-sichtbarer Behinderung Hilfe von Fachpersonal, zum Beispiel von therapeutischen Fachkräften oder Jobcoaches, und wenden Sie sich an die Personal- und Behindertenvertretung bzw. die zuständige Behindertenvertrauensperson.

gottfried.maier@wien.gv.at

BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/PHOTOROYALTY



Stammzellen spenden und Leben retten!

Für schwerkranke Menschen, die an Leukämie oder Stoffwechselerkrankungen leiden, ist eine Stammzellenspende oft die einzige Aussicht auf Hilfe oder Heilung. Alle Personen ohne chronische Erkrankungen zwischen 18 und 35 Jahren können helfen und sich als potentielle Stammzellenspende*rin registrieren lassen. Voraussetzung zur Aufnahme in die europaweit vernetzte Datenbank ist ein einfacher Selbsttest mittels Wangenabstrich, der bequem zu Hause durchgeführt werden kann.

In Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz ermöglicht die Behindertenvertretung der HG1 allen Interessent*innen eine unkomplizierte Bestellung der nötigen Testkits. Anmeldungen bis zum 31.01.2024 unter der E-Mail: tatjana.windhager@wien.gv.at

Weitere Infos:

www.rotekreuz.at/ich-will-helfen/faqs-stammzellenspende

Fürchtet euch nicht!

KI ist derzeit in aller Munde. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt wirft jedoch viele Fragen auf. Es herrscht eine gewisse Uneinigkeit, wenn es um die Nutzung von KI geht.

Was genau versteht man eigentlich unter Künstlicher Intelligenz (KI)? Als Künstliche Intelligenz wird die Fähigkeit von Maschinen und Computerprogrammen bezeichnet, Aufgaben auszuführen, die normalerweise menschliche Intelligenz erfordern: Lernen aus Erfahrung, Erkennen von Mustern, Lösen komplexer Probleme, Verarbeiten von natürlicher Sprache und vieles mehr. KI-Systeme verwenden Daten und Algorithmen (gleichbleibende Anordnungen von einzelnen Aufgabenschritten, um technische Problemstellungen rasch und effizient zu lösen), um zu lernen und Entscheidungen zu treffen. In Bereichen wie Gesundheit, Finanzen, Verkehr, Bildung, Robotik und vielen anderen wird KI bereits eingesetzt.

Beschleunigte Verfahren

Welche Möglichkeiten bietet Künstliche Intelligenz im öffentlichen Dienst? KI kann beispielsweise administrative Aufgaben automatisieren. Damit lassen sich Zeit und Ressourcen sparen, die Bearbeitung von Anfragen wird beschleunigt. Auch die Verwaltungskosten werden durch diese Automatisierung gesenkt. Virtuelle Assistenten können Bürger*innen rund um die Uhr den Zugang zu Informationen oder Dienstleistungen bieten. KI kann auch große Datenmengen besser analysieren, um neue Trends und Muster zu identifizieren. Die Ergebnisse helfen zur rascheren und besseren Entschei-

dungsfindung, z. B. für die langfristige Planung von Infrastruktur oder Sachmitteln. Auch zur Verbesserung der Sicherheit kann KI genutzt werden, für die frühzeitige Erkennung von Gefahren.

Klare Richtlinien nötig

Der KI-Einsatz wirft jedoch Fragen der Ethik, zum Datenschutz und zur Sicherheit auf, insbesondere wenn KI in Bereichen mit sensiblen Daten eingesetzt wird. Eine übermäßige Abhängigkeit von KI kann die öffentliche Hand auch anfällig für technische Ausfälle oder Sicherheitsverletzungen machen. Die Verantwortung für die ethische Anwendung von KI-Technologien im öffentlichen

Dienst ist komplex und erfordert klare Richtlinien.

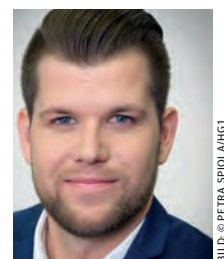
Gemeinsam mit der Dienstgeberin müssen Strategien entwickelt werden, auch um die Interessen der mit KI-Technologien arbeitenden Bediensteten zu schützen. Risiken und Chancen müssen gut abgewogen, die Technologien mit Bedacht eingesetzt werden. Und vor allem müssen die Kolleg*innen im Umgang mit KI ausreichend geschult werden.

michael.lewisch@wien.gv.at

KI hilft, komplexe Probleme rascher zu lösen.



Gemeinsam Strategien entwickeln - um die Interessen der mit KI-Technologien arbeitenden Kolleg*innen zu schützen



Michael Lewisch
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Organisations-
entwicklung

Die FPÖ als Abrissbirne des Sozialstaats

Eine Analyse der angeblichen „Politik für die kleinen Leute“ anhand des Abstimmungsverhaltens der FPÖ im österreichischen Parlament

September 2023

Es soll einen Rechtsanspruch auf **ganztägige, kostenlose Kinderbetreuung** geben.

FPÖ: DAGEGEN!



Juni 2023

Arbeitslosengeld und **Notstandshilfe** sollen erhöht werden - aufgrund der **Teuerung**.

FPÖ: DAGEGEN!



Juni 2023

Medizin-Studienplätze sollen **ausgebaut** werden - aufgrund des **Ärzt*innenmangels**.

FPÖ: DAGEGEN!



Mai 2023

Millionen-Erb*innen sollen **Steuern auf ihr Erbe** bezahlen.

FPÖ: DAGEGEN!



Mai 2023

Für Ministerbüros und Generalsekretäre soll es **Budget-Obergrenzen** geben.

FPÖ: DAGEGEN!



April 2023

Bei **Inseratenvergabe** durch die öffentliche Hand soll es mehr **Transparenz** geben.

FPÖ: DAGEGEN!



November 2022

Das **Strafmaß für Korruption** bei **Spitzenpolitiker*innen** soll erhöht werden.

FPÖ: DAGEGEN!



Mai 2022

Das **Pflegegeld** soll rascher an die Inflation **angepasst** werden.

FPÖ: DAGEGEN!



Mai 2022

Die **Studienbeihilfe** soll **erhöht** werden - aufgrund der **Teuerung**.

FPÖ: DAGEGEN!



April 2022

Die **Pendlerpauschale** soll **erhöht** werden - aufgrund der **Teuerung**.

FPÖ: DAGEGEN!



Februar 2022

Mieterhöhungen sollen **ausgesetzt** werden - aufgrund der **Teuerung**.

FPÖ DAGEGEN!



Echt gut!**„Wer da noch glaubt, viel Zeit zu haben, irrt sich in historischem Ausmaß.“**

Alexander Van der Bellen zum Thema Klimaschutz, 5.12.2023 ✓✓

„Die ständigen bewussten Grenzüberschreitungen der FPÖ sind absolut unwürdig und inakzeptabel – im Hohen Haus genauso wie im Wirtshaus.“

Karl-Arthur Arlamovsky, Bundesrat, NEOS, 7.12.2023 ✓✓

„Einmalzahlungen sind willkommen als zusätzliche Motivation, aber sicher kein Ersatz für nachhaltige Lohnsteigerungen.“

Wolfgang Katzian, ÖGB-Präsident, 15.11.2023 ✓✓

„Ich bin gespannt, welche Folgekosten die nunmehrige Signa-Insolvenz für die Republik und damit alle Steuerzahler:innen haben wird und wie die ÖVP ihre Mischung aus Untätigkeit und Komplizenschaft versuchen wird zu erklären.“

Jan Krainer, SPÖ-Abgeordneter, 29.11.2023 ✓✓

Echt böse!**„Wir Freiheitliche fordern auch eine Deregulierung der Verwaltung, eine Verwaltungsvereinfachung und damit eine Verschlankung des Staates.“**

Max Linder, FPÖ-Nationalratsabgeordneter, 21.11.2023 ✓✓

**Post aus Brüssel**

„Eine Lasagne der Regierungsebenen“

Das sehr interessante Geflecht von Provinzen, Regionen und Sprachgemeinschaften in Belgien lässt nicht nur Gäste aus dem Ausland staunen. Auch die hier Geborenen und lange hier Lebenden, wie ich, sind immer wieder verblüfft, wie in dieser „Lasagne der Regierungsebenen“ die Dinge funktionieren.

Es gibt drei Regionen – Brüssel-Hauptstadt (mit 19 Gemeinden, von denen nur eine die Hauptstadt Belgiens ist, aber das ist jetzt doch zu kompliziert), Flandern und die Wallonie. Brüssel-Hauptstadt ist zweisprachig, umgeben von Flandern, wo Niederländisch die Amtssprache ist. Die Wallonie hat zwei Sprachgemeinschaften, die französische und die deutsche. Alle Regionen und Sprachgemeinschaften haben eigene Regierungen – und grob gesagt sind die Regionen für alles, was mit Infrastruktur, Verkehr etc. zu tun hat, zuständig, während die Kompetenzen der Sprachgemeinschaften auf die Person bezogen sind, etwa Bildung und Soziales.

„Lasagne“ trifft es darum ganz gut, denn natürlich gibt es Vermischungen, manchmal auch so etwas wie eine klebrige Käsemasse, die dann schwer im Magen liegt. Der belgische EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2024 ist ein perfektes Abbild dieser speziellen Verfasstheit. Die Themen sind zwischen allen Regierungsebenen verteilt: Brüssel-Hauptstadt hat sich der Stadtentwicklung angenommen, die Wallonie übernimmt das Thema Wohnen und Flandern kümmert sich um die Industriepolitik. Das kommende Halbjahr wird uns Gelegenheit geben, eine ganz spezielle Form des Föderalismus kennenzulernen, die es so nur ein einziges Mal in Europa gibt.

Michaela Kauer MBA

Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel

„Die Zukunft beginnt jetzt!“

Die Vertrauenspersonenkonferenz der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft setzte im Herbst einen Meilenstein für die zukünftige Gewerkschaftsarbeit.



BILD: © PETRA SPOLJANGI

Nikolaus Borbely
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Organisations-
entwicklung



BILD: © PETRA SPOLJANGI

Michael Lewisch
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Organisations-
entwicklung



BILD: © ROBERT RUBAK

Gemeinsam mit jungen, neu in der Personalvertretung engagierten Kolleg*innen wurden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt

Mehr als 700 Gewerkschafter*innen aus ganz Österreich, darunter knapp 100 Kolleg*innen aus dem Bereich der HG 1, nahmen Ende September an der Vertrauenspersonenkonferenz der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft im Austria Center Vienna teil. Zentrales Thema waren die zukünftigen Herausforderungen am Arbeitsplatz. Die Vertrauenspersonen aus verschiedensten Berufsgruppen wie Verwaltung, Technik oder Gesundheit trafen in speziell organisierten World-Cafés zusammen – einem Workshop-Format, bei dem alle

Teilnehmer*innen in Gruppen und jeweils von einem Moderator begleitet ein Thema in mehreren Runden intensiv diskutieren.

Professionell mitgestalten

In den Kleingruppen bearbeiteten die Teilnehmer*innen fünf Kernfragen zu Themen wie Klima, Arbeitszufriedenheit oder Digitalisierung. Ziel der Veranstaltung war es, sich schon heute über absehbare Schwierigkeiten in der Arbeitswelt der Zukunft Gedanken zu machen, praktikable Lösungen zu erörtern und erste Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Eine zentrale Rolle spielten dabei die zukünftigen Funktionär*innen. Sie waren bei dieser Konferenz bereits dabei und wurden aktiv in den laufenden Prozess eingebunden. Durch die Partizipation

der jungen Funktionär*innen soll sichergestellt werden, dass entwickelte Lösungen zur Bewältigung künftiger Herausforderungen auch langfristig verfolgt und umgesetzt werden.

Solide Basis schaffen

Diese Konferenz war jedoch erst der Anfang. Die HG 1 hat bereits drei Folgeveranstaltungen geplant, bei denen die Erkenntnisse der Konferenz vertieft und die erarbeiteten Maßnahmen konkretisiert werden sollen. Im Anschluss werden diese Maßnahmen in einen Leitantrag für die nächste Landeskonferenz der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft einfließen.

Wir arbeiten für ein attraktives, modernes Arbeitsumfeld!

nikolaus.borbely@wien.gv.at
michael.lewisch@wien.gv.at

Pilotprojekt „My Flexitime“

In einer sozialpartnerschaftlichen Rahmenvereinbarung ist es gelungen, ein Pilotprojekt zur flexibleren Arbeitszeitgestaltung für den Zeitraum von neun Monaten anzubieten.

Seit dem 1. Oktober wird in den Dienststellen der MA 01, MA 13, MA 19, MA 21 A, MA 22, MA 28, MA 40, MA 60, Wiener Wohnen sowie WiGeV (Verwaltungsbereich) „My Flexitime“ angewandt. Diese Dienststellen hatten sich freiwillig gemeldet und selbst entschieden, je nach Aufgaben und Rahmenbedingungen, welche Mitarbeiter*innengruppen am Pilotprojekt teilnehmen. Auch für die Mitarbeiter*innen ist die Teilnahme freiwillig – diese kann jederzeit zum Monatsende beendet werden. Ein Einstieg für interessierte Mitarbeiter*innen ist weiterhin möglich. Die teilnehmenden Dienststellen wählten selbst, welche der zwei Varianten sie ihren Mitarbeiter*innen anbieten. Im Rahmen der Pilotierung wurden die Zeitausgleichstage von 20 auf 47 Tage erweitert, um folgende Varianten umsetzen zu können:

Variante 1 - fixe Einteilung:

Hier wird zwischen Dienstgeberin und Mitarbeiter*in ein fixer, sich regelmäßiger wiederholender freier Tag (z. B. in jeder Arbeitswoche) vereinbart. Das heißt, das bestehende Stundenausmaß von

40 Stunden (bei Vollbeschäftigten) verteilt sich auf die restlichen vier Arbeitstage. Die spezifische Einteilung wird in der Einzelvereinbarung niedergeschrieben.

Vorteil: freier Tag pro Woche, höhere Planbarkeit

Nachteil: Reduktion von Essensmarken, Pendlerpauschale und Zulagen

Variante 2 - variable Einteilung:

Bei dieser Variante vereinbaren Dienstgeberin und Mitarbeiter*in

eine flexible Einteilung. Als Betrachtungszeitraum wird der gesamte Monat für die zu erbringende Arbeitszeit herangezogen.

Vorteil: Komplette Flexibilität

Nachteil: Abstimmungsaufwand, geringere Planbarkeit, Reduktion von Essensmarken, Pendlerpauschale und Zulagen

Während des Pilotprojekts bleiben Regelungen zur Erbringung von Mehrdienstleistungen, zur Einhaltung der Servicezeiten, zur Telearbeit oder zu mobilem Arbeiten weiterhin bestehen. Auch die Regelungen der Gleitzeit (6:00 – 22:00 Uhr), der Höchstarbeitszeit von zwölf Stunden sowie zur Einhaltung der Ruhezeiten bleiben bestehen.



v.l.n.r.: Projektleiter Maximilian Biwald MA und Personaldirektorin Dr.ⁱⁿ Cordula Gottwald präsentierten das Projekt „My Flexitime“ Ende September gemeinsam mit youunion-Vorsitzendem Ing. Christian Meidlinger

„My Flexitime“ auf einen Blick

- **Pilotierung:** von 01.10.2023 bis 30.06.2024
- **Teilnehmer*innen:** 10 Dienststellen
- **Ziel:** Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung
- **Für alle Mitarbeiter*innen der Pilotdienststellen, welche im Rahmen der Pilotierung daran teilnehmen dürfen und wollen**

Man(n) schaut auf seine Gesundheit!

Müssen Sie nächtens bis zu fünf Mal oder öfter auf die Toilette? Verspüren Sie untertags häufigen Harndrang und nach der Entleerung dennoch das Gefühl einer vollen Blase?



Löblichgasse 14
1090 Wien
T +43 1 31 350-0

Oder leiden Sie an wiederkehrenden Harnwegsinfekten? Das kann auf eine gutartige Vergrößerung der Prostata („Benigne Prostatahyperplasie“, kurz BPH) hinweisen und sollte mit einem Facharzt für Urologie abgeklärt werden. Eine gutartig vergrößerte Prostata mit typischen Symptomen, wie etwa häufiges Wasserlassen, nächtlicher Harndrang, unterbrochener oder schwacher Harnstrahl bis hin zum Harnverhalt, ist eine der häufigsten gutartigen Erkrankungen des Mannes. Die Prostata wächst im Normalfall mit zunehmendem Alter – bei einigen Männern jedoch so stark, dass es zu körperlichen und mitunter auch psychischen Belastungen führen kann.

Aquablation

Eine der modernsten Behandlungsmöglichkeiten auf diesem

Sanatorium Hera

Urologische Ambulanz

Mo-Do 8.00 - 14.30 Uhr

Fr 8.00 - 12.30 Uhr

Terminvereinbarung
erforderlich! [sanatorium
hera.at/Urologie](https://www.sanatorium-hera.at/Urologie)



Prim. Dr. Igor Stancik F.E.B.U.



Klären Sie Beschwerden unbedingt mit Ihrem Facharzt ab

Gebiet ist die „Aquablation“. Diese wird in ganz Österreich an nur drei Standorten angeboten – in Wien ausschließlich im Sanatorium Hera. Eine Kombination aus Bildgebung (Sonographie) und hoch fokussiertem Hochdruckwasserstrahl erlaubt ein kombiniertes Vorgehen zur präzisen Bestimmung des überschüssigen Prostatagewebes, das anschließend mittels minimal-invasivem Eingriff schonend entfernt wird.

Das dafür eingesetzte innovative, computergestützte Gerät – der „AquaBeam®“ – arbeitet mit größtmöglichem Schutz für den Harnschließmuskel. Zusätzliche Vorteile der Aquablation sind die erhaltende Funktion des Samenergusses, niedriger Blutverlust so-

wie eine kürzere Rekonvaleszenz aufgrund der geringeren Operationsdauer (von bisher 1 bis 1,5 Stunden auf rund 30 bis 45 Minuten).

Breites Angebot

Für diese oder weitere Erkrankungen – ob der Niere, des Harnleiters, der Blase, der Harnröhre oder der männlichen Geschlechtsorgane: Im Sanatorium Hera steht Ihnen ein breites Spektrum urologischer Diagnose- und Therapieoptionen zur Verfügung. Auch bei Erkrankungen der männlichen Geschlechtsorgane sowie bei männlichen Sexualstörungen sind die Fachärzt*innen im Sanatorium Hera für Sie da.

Mag.^a (FH) Nicole Kaeßmayer

Gut begleitet durch die Schwangerschaft

Ein Angebot für alle durch das Arbeitsmedizinische Zentrum der KFA Wien betreuten Schwangeren – um werdende Mamas auf ihrem Weg zum meist freudigen, lebensverändernden Ereignis zu unterstützen.

Der weibliche Körper leistet während der Schwangerschaft Großartiges. Ihn auf diese Phase des Lebens vorzubereiten bedeutet, sich bewusst mit den Veränderungen auseinanderzusetzen. Dazu wurde die interdisziplinäre Schwangerschaftsbegleitung ins Leben gerufen: Ein professionelles Team aus den Bereichen Bewegung, Ernährung, Medizin und Psychologie begleitet Frauen kompetent durch diese Zeit der Veränderung.

Umfassende Beratung

Mit dem österreichischen Mutter-Kind-Pass erhalten Frauen während und nach der Schwangerschaft umfassende ärztliche Betreuung. Im Rahmen des neuen Programms des Arbeitsmedizinischen Zentrums der KFA beraten unsere Ärzt*innen bei medizinischen Fragen und Anliegen während und nach der Schwangerschaft. Teilnehmerinnen der interdisziplinären Schwangerschaftsbegleitung werden weiters durch spezifische Bewegungsformen und aktive Körperarbeit unterstützt, um gestärkt durch diese besondere Zeit zu gehen. Der Fokus liegt auf dem weiblichen Beckenboden, der sowohl vor als auch nach der Geburt besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Auch die Sorgen schwangerer Frauen rund um das Thema Ernährung werden geklärt. Mit praktischen Informationen zu Portionsgrößen, Mahlzeitengestaltung, Verdauungsproblemen in der Schwangerschaft sowie



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/DEKONDEE

Die interdisziplinäre Schwangerschaftsbegleitung des AMZ der KFA unterstützt werdende Mamas

Lebensmittelhygiene wird der Weg durch die Schwangerschaft kulinarisch erleichtert.

Vor und nach der Geburt

Eine Schwangerschaft ist eine Achterbahn der Gefühle, verbunden mit vielen Erwartungen, Hoffnungen und Träumen. Gemeinsam mit unseren Psycholog*innen lassen sich Vorfreude, Sorgen und Ängste gemeinsam einordnen. Der Rück-

halt der Gruppe ermöglicht es, selbstbewusst und kraftvoll durch diesen neuen Lebensabschnitt zu gehen. Dazu blicken wir gemeinsam und ganzheitlich auf das Thema Schwangerschaft und Geburt. Darüber hinaus unterstützen wir Sie auch nach der Geburt und in der Karenz sowie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Mag. Kristian Gröbl

Kostenloses Angebot für alle durch das AMZ der KFA betreuten Schwangeren

Teilnahme während der Dienstzeit

Selbstständige Anmeldung über diesen QR-Code:



Weitere Informationen:

E-Mail: bgf.organisation@amz-kfawien.at



Hermannngasse 24-26
1070 Wien
T +43 676 8118 50720



**Mag.ª
Bianca
Hammer,
MBA**
**Neue
Gruppenleiterin
im Geschäfts-
bereich Personal
und Revision**

Bianca Hammer startete bei der Stadt Wien 1998 als Lehrling, absolvierte die Handelsakademie und das Jusstudium nebenberuflich und war in verschiedenen Stellen der Stadtverwaltung, u. a. in der Magistratsabteilung 64 als Leiterin der Stabsstelle Personal, Budget und Controlling tätig. Seit 2021 war sie als Leiterin der Stabsstelle Organisation und Kommunikation im Geschäftsbereich Personal und Revision der Magistratsdirektion. Hammer absolvierte den berufsbegleitenden MBA-Studiengang im Bereich Human Resource Management und verfasste ihre Masterthesis zum Thema „Nachhaltige und zielgerichtete Gestaltung des Human Resource Management zur wirtschaftlichen Personalfindung und -bindung auf der Basis von People Analytics“.



**Ing.ª
Brigitte
Lutz**
**Data
Governance-
Koordinatorin**

Brigitte Lutz wurde zur Weiterentwicklung der Data Governance, des Datenqualitätsmanagements sowie zur Umsetzung der Data Excellence bestellt. Die Funktion umfasst u. a. die Erstellung, Evaluierung und Aktualisierung der Wiener Data Excellence-Strategie, die Leitung des für Regelwerk, Empfehlungen und Richtlinien für einen sachgerechten Datenlebenszyklus zuständigen Fachbeirats, die Beratung von Dienststellen in Sachen Datenqualitätsmanagement, die Festlegung von Prozessen zur Optimierung interner und externer Datennutzung, die Vertretung der Stadt Wien gegenüber der EU sowie anderen Gebietskörperschaften und Institutionen, die Erstellung facheinschlägiger Expertisen sowie die Berichterstattung an den Steuerungskreis Data Excellence.



**Andreas
Terzer MSc**
**Neuer Leiter
der Magistrats-
abteilung 33 -
Wien leuchtet**

Andreas Terzer absolvierte die HTL für Nachrichtentechnik in Mödling. 2003 trat er in den Dienst der Stadt Wien als Fachbediensteter des technischen Dienstes im damaligen Krankenanstaltenverbund (KAV) Sozialmedizinisches Zentrum Süd. 2009 wechselte er als Gruppenleiter-Stellvertreter Betriebsführung in die MA 33, zwei Jahre später übernahm er die Leitung des Fachbereichs Betrieb. 2019 wechselte er als Leiter der Abteilung Informationsmanagement in die Generaldirektion des nunmehrigen Wiener Gesundheitsverbunds, mit Jahresbeginn stieg er zum Technischen Direktor und Leiter des Service Center Technik der Teilunternehmung Pflegewohnhäuser auf. Mit 20. September übernahm Terzer die Leitung der MA 33 – Wien leuchtet.



**Mag.
Wolfgang
Bartsch
(MD-OS)**
**Neuer
Koordinator für
Kennzahlen**

Unter Führung von Wolfgang Bartsch soll das Kennzahlensystem weiterentwickelt und ein einheitliches Bild gewährleistet werden. Der Aufgabenbereich umfasst die Konzeption eines Modells zum Kennzahlenwesen für den Magistrat (Dienststellen ohne Unternehmungen), insbesondere hinsichtlich Service-, Informations- und Steuerungsfunktion für den Magistratsdirektor, die Analyse zu Voraussetzungen, Potenzialen und Grenzen aussagekräftiger Auswertungen von Kennzahlen des gesamten Magistrats (ohne Unternehmungen) sowie Koordination und Monitoring der wesentlichen Umsetzungsschritte zur Weiterentwicklung des städtischen Kennzahlenwesens. Bis September 2024 soll ein Modell für das Kennzahlenwesen für den Magistrat vorliegen.

Österreichs erste Nationalratspräsidentin

Barbara Prammer

Barbara Prammer wird als Barbara Thaller am 11. Jänner 1954 als Tochter eines Bergarbeiters und SPÖ-Bürgermeisters und einer Hausfrau in Ottwang am Hausruck in Oberösterreich geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule wechselt sie an die Handelsakademie Vöcklabruck, wo sie 1973 maturiert. Bis 1978 ist Barbara im Gemeindeamt ihrer Heimatgemeinde tätig, ehe sie an der Universität Linz ein Soziologiestudium beginnt. Nach ihrer Sponson 1986 ist sie zunächst beim Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ) in Linz tätig, ab 1989 beim Arbeitmarktservice Oberösterreich als Frauenreferentin.

Da ihr Vater in der Kommunalpolitik aktiv ist, kommt auch sie früh mit Politik in Berührung und tritt bereits 1974 der SPÖ bei. Sie setzt sich in der Jungen Generation der SPÖ für Frauenrechte und die Quotenregelung ein. 1990 wird sie Frauenvorsitzende der SPÖ Oberösterreich, von 1997 bis 2009 ist sie außerdem Bundesfrauenvorsitzende. Von 1991 bis 1995 gehört sie dem Oberösterreichischen Landtag an, 1995 wird sie zur Landesrätin für Wohnbau und Naturschutz ernannt.

Bundeskanzler Viktor Klima holt sie 1997 als Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz in seine Regierung. Im Zentrum ihrer Aktivitäten steht die Gleichstellung. Unermüdlich thematisiert sie das Aufbrechen der traditionellen Rollen- und Familienbilder. Sie kritisiert die hohe Teilzeitquote der Frauen in



„Es geht nicht darum, jedem Trend der Zeit nachzulaufen, sondern vielmehr darum, unsere Überzeugungen zum Trend der Zeit zu machen.“

21. Juni 2009. Außerordentliche Bundeskonferenz, SPÖ Frauen

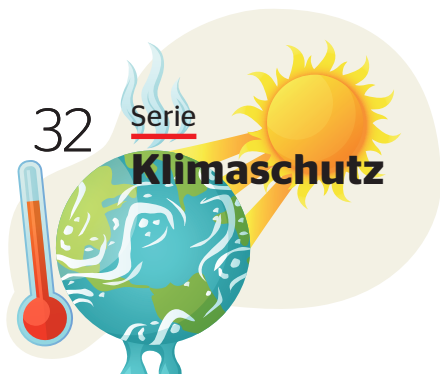
Österreich aufgrund der fehlenden Kinderbetreuungsplätze. Im politischen Diskurs tritt sie vehement für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Frauenförderungsprogramme und faire Aufstiegschancen von Frauen ein.

Wegweisendes leistet sie auch für die Erinnerungs- und Gedächtniskultur in Österreich. Sie lädt Überlebende der NS-Verfolgung und deren Nachkommen in das österreichische Parlament ein und forciert die wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Zeit.

Nach dem Ausscheiden der SPÖ aus der Bundesregierung im Jahr 2000 wirkt sie als Abgeordnete zum Nationalrat und stellvertretende Klubvorsitzende des SPÖ-Parlamentsklubs. Im Juni 2004 wird sie zur Zweiten Präsidentin des Nationalrats gewählt – als Nachfolgerin von Heinz Fischer, der das

Amt des Bundespräsidenten übernimmt. 2006 wählt sie der Nationalrat zur ersten Nationalratspräsidentin der Republik Österreich.

Im September 2013 macht sie eine Krebserkrankung öffentlich, an der sie im August 2014 verstirbt. Mit ihrem Tod verliert Österreich eine Kämpferin für Bildung, Demokratie und Gleichstellung, die für viele als Favoritin für das Amt des Bundespräsidenten galt. Die Barbara-Prammer-Allee in der Seestadt und der Barbara-Prammer-Hof im zehnten Wiener Gemeindebezirk erinnern an die über alle Parteigrenzen hinweg anerkannte und geschätzte Politikerin.



Persönliche Geschenke mit dem **Wiener Reparaturbon**

Reparieren statt Neukonsumieren im Advent 2023:
Mit persönlichen und klimafreundlichen Geschenken
in der Tasche kann Weihnachten kommen.

Wer kennt es nicht? Weihnachten rückt näher und die Idee fürs perfekte Geschenk will und will nicht kommen. Die Suche nach dem perfekten Weihnachtsgeschenk kann stressig werden. Ein attraktives Reparaturangebot in Wien bietet da neue Inspiration. Dazu lohnt es sich, einen Blick auf das Umfeld der Beschenkten zu werfen: Was ist ihnen wichtig? Dann fällt das Schenken leicht: Die Lieblingssuhr vom Opa läuft endlich wieder und das blaue Paillettenkleid vom ersten gemeinsamen Date sieht plötzlich aus wie neu.

Richtig einfach gemacht wird das liebevolle Schenken mit dem Wiener Reparaturbon. Er kann online heruntergeladen werden und fördert Reparaturen mit bis zu 50 Prozent und maximal 100 Euro. Der Förderbetrag wird sofort von der Rechnung abgezogen. Markus Piringer, Organisator des Wiener Reparaturnetzwerks von DIE UMWELTBERATUNG, freut sich über den Klima-Mehrwert des Reparaturbons: „Für Wiener*innen wird Klimaschutz mit dem Wiener Reparaturbon vielfach attraktiver. Ressourcenschonung sollte unbürokratisch sein und sich finanziell auszahlen. Der Reparaturbon ermöglicht genau das: keine mühsamen Anträge zur Auszahlung, die Reparatur ist einfach und günstig.“

Mit dem Wiener Reparaturbon wurden bisher mehr als 35.000 Gegenstände repariert. So haben die Wiener*innen rund 2.700 Tonnen CO₂ und 355 Tonnen Abfälle vermieden. Das ist ein großer Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Jeder eingelöste Reparaturbon zählt: Mit der Reparatur eines Fahrrads mit einem Gewicht von 15 Kilogramm können bereits circa 152,55 Kilogramm CO₂ eingespart werden.

„Wiederverwenden statt wegwerfen ist gut fürs Klima, weil keine Materialien für eine Neuproduktion verbraucht werden. Vor allem aber macht es Freude: Gegenstände, die mir viel bedeuten, möchte ich lange nutzen“, weiß Andreas Januskovecz, Klimadirektor der Stadt Wien, der nicht nur berufsbedingt ein großer Fan der Ressourcenschonung ist. Der Wiener Reparaturbon ist bis 2027 rund einmal pro Jahr im Zuge von Aktionszeiträumen erhältlich. Teilnehmende Betriebe und alle weiteren Informationen sind auf der Website ersichtlich: <https://mein.wien.gv.at/wienerreparaturbon>

Annina Bottesch
post@klima2040.wien.gv.at



**Schenken Sie von Herzen,
statt einfach nur Neues zu
kaufen.**

Unsere Angebote 2024

Damit „mehr Work-Life-Balance im neuen Jahr“ nicht nur ein guter Vorsatz bleibt: einige attraktive Möglichkeiten für mehr sportlichen Ausgleich im nächsten Jahr.



Lauftraining:

8 Termine jeden Mittwoch
von 3. 4. bis 29. 5. 2024 (außer 1. Mai)
von 17:00 bis 18:00 Uhr
Kosten: 80,- Euro pro Person,
Euro 40,- für Gewerkschaftsmitglieder
(yunion HG 1)
Anmeldungen bis spätestens
22. 3. 2024 per E-Mail an
michael.witzmann@wien.gv.at
Alle Infos unter
www.ksv-wien.at/lauftraining



Selbstverteidigungskurse:

6 Termine (Mo 8. 4., Mi 10. 4., Mo 15. 4.,
Mi 17. 4., Mo 22. 4. und Mi 24. 4. 2024)
Zwei Kurse:
nur für Frauen von 16:30 bis 18:00 Uhr
oder für alle von 18:30 bis 20:00 Uhr
Kosten: 150,- Euro pro Person
(ab 14 Jahren), 75,- Euro für Gewerk-
schaftsmitglieder (yunion HG 1)
Anmeldungen bis spätestens
22. 3. 2024 per E-Mail an
michael.witzmann@wien.gv.at
Alle Infos unter [www.ksv-wien.at/](http://www.ksv-wien.at/selbstverteidigungskurse)
[selbstverteidigungskurse](http://www.ksv-wien.at/selbstverteidigungskurse)



Nordic Walking Training:

Einführungskurs Do 18. 4. 2024 oder
Di 23. 4. 2024 von 16:30 bis 19:30 Uhr
Übungseinheit
Di 7. 5. 2024 von 16:30 bis 18:00 Uhr
Kosten für einen Kurs mit Übungs-
einheit: 50,- Euro pro Person, 20,-
Euro für Gewerkschaftsmitglieder
(yunion HG 1)
Anmeldungen bis spätestens
7. 4. 2024 per E-Mail an
michael.witzmann@wien.gv.at
Alle Infos unter [www.ksv-wien.at/](http://www.ksv-wien.at/nordicwalkingtraining)
[nordicwalkingtraining](http://www.ksv-wien.at/nordicwalkingtraining)



Beachvolleyball Kurse:

In Planung sind wieder zwei Kurse
ab Mai 2024
8 Einheiten - einmal die Woche - für
Anfänger und Fortgeschrittene
Informationen folgen unter [www.](http://www.ksv-wien.at/beachvolleyballkurs)
[ksv-wien.at/beachvolleyballkurs](http://www.ksv-wien.at/beachvolleyballkurs)



Yoga Kurs:

10 Einheiten Kundalini Yoga
jeden Mittwoch von 21.2. bis 24.4.2024
Beginn: 18:30, je 90 min, Kosten: 150,-
Euro pro Person, 50,- Euro für Gewerk-
schaftsmitglieder (yunion HG 1)
Alle Infos unter www.ksv-wien.at/yoga



Spieleabende 2024:

Jeden letzten Freitag im Monat
(außer Dezember)
von 16:00 bis 22:00 Uhr
Keine Anmeldung erforderlich
Alle Infos unter
www.ksv-wien.at/spieleabend



Kultur- und Sportvereinigung der Wiener
Gemeindebediensteten
Rustenschacherallee 3 | 1020 Wien
t: 01-720 84 91
e: office@ksv-wien.at
www.ksv-wien.at

Eine Patenschaft für ein Alpaka

Unser Engagement für Nachhaltigkeit soll eine Alpaka-Patenschaft symbolisieren. Warmes aus der Wolle des kleinen ‚Julian‘ verlosen wir unter unseren teamwork-Leser*innen!



BILD: © PETRA SPOLANIGI

Nikolaus Borbely
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Organisations-
entwicklung

Im Rahmen der jährlichen Klausur der HG 1 steht nicht nur inhaltliche Arbeit auf dem Programm, auch die Intensivierung des Gemeinschaftsgefühls kommt nicht zu kurz. Dieses Jahr fanden unsere intensiven Arbeitsgespräche und Teambuilding-Aktivitäten im Vital-Hotel Fladnitz statt, dem Gewerkschaftshotel der younion in der Steiermark. Eines der Highlights war der Besuch des Bio-Zottlerhofs, der sich auf die Zucht von Alpakas spezialisiert hat.

Sehr sozial

Alpakas sind kleine höckerlose Neuweltkamele, die mit ihrem ruhigen friedlichen Charakter sehr sensibel den emotionalen Zustand von Menschen (z. B. Stress) wahrnehmen. Die Alpakas beeindruckten uns aber nicht nur mit ihrer sehr sozialen Natur – sie sind wie alle Kamele Herdentiere und fühlen sich in Gruppen am wohlsten. Auch die Vielfalt der Fellfarben und ihre Bedeutung für die lokale Wirtschaft sind bemerkenswert. Denn Alpakas sind sehr genügsame und damit energieeffiziente Tiere, sie brauchen viel weniger Futter als die meisten anderen Tiere ihrer Größe. Als Pflanzenerfresser mit einer Vorliebe für Gräser und Kräuter spielen sie darüber hinaus eine wichtige Rolle für die Biodiversität.

Gelassen und gesellig

All diese Eigenschaften waren für uns ein Sinnbild dafür, was die HG 1 ausmacht: soziale Kompetenz, sensible Aufmerksamkeit



BILD: © MARIA ZOTTLER

Das ist er – unser Julian, für den wir eine Patenschaft übernommen haben 😊

für die Bedürfnisse der Kolleg*innen im Arbeitsprozess, aber auch Engagement für Nachhaltigkeit, für die Natur und ihre Bewohner*innen. Darum haben wir uns ganz spontan dazu entschlossen, eine Patenschaft für einen gerade einmal sechs Monate alten Hengst zu übernehmen – und ihm den Namen ‚Julian‘ gegeben.

Wertvolle Wolle

Auch über die Verarbeitung der Alpakawolle haben wir viel erfahren. Jedes Jahr werden diese besonderen Tiere geschoren, ihre weiche, seidige Wolle wird zu qualitativ hochwertigem Garn verarbeitet. Für alle, die ein besonderes Interesse an diesen beeindruckenden Tieren und ihrer wertvollen Wolle

haben, haben wir eine besondere Überraschung.

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Nähere Infos über den Bio-Zottlerhof unter www.zottler.com

GEWINNSPIEL

Unter allen Einsendungen, die bis zum 31. Jänner 2024 an die Hauptgruppe 1 unter aktion@hg1.wien.gv.at mit dem Betreff „Gewinnspiel Alpaka“ geschickt werden, verlosen wir drei „Alpakerln“ im Wert von jeweils 50 Euro. **Viel Glück bei der Teilnahme!**

Alle Jahre wieder bedeutet Weihnachten das Fest der Freude und der Liebe. Kinder mit großen erwartungsvollen Augen, Eltern mit einem Lächeln über die Freude ihrer Kinder im Gesicht.

Es weihnachtet wieder

Huer ist für viele Familien vieles anders. Die Vorfreude auf die Festtage weicht immer öfter Sorgen und Ängsten. Denn für viele Familien ist der finanzielle Spielraum zu Weihnachten sehr, sehr eng. Mit dem Weihnachtsgeld wird zwar das Minus auf dem Bankkonto reduziert, werden notwendige Zahlungen beglichen, doch für Geschenke bleibt da nicht viel übrig. Früher ist sich meist sogar noch ein Skiurlaub ausgegangen. Bei den derzeitigen Preisen der Liftkarten für viele nicht mehr als eine schöne Erinnerung.

Und was sagt unsere Bundesregierung dazu? Sie möchte uns weismachen, dass die Kaufkraft der Bevölkerung gestiegen ist – für viele blanker Hohn, ein Schlag mitten ins Gesicht.

Stattdessen wäre ein Wunschzettel an die Bundesregierung zu Weihnachten angebracht:

- Viele Familien wünschen sich wohl, dass ihre Sorgen und Ängste endlich ernst genommen und nicht bagatellisiert werden.
- Sie möchten auch längerfristig planen können und nicht wieder mit anlassbezogenen kurzfristigen Einmalzahlungen getröstet werden.
- Sie wollen, dass die monatlichen Belastungen



BILD © PHILIPP SCHUSTER / HGT

„Weihnachten mit Zimtstern und die Lichta - und mit die glücklichn Gesichts...“

Georg Danzer, 1976

nachhaltig reduziert werden – denn die Mieten sind mittlerweile ins Unermessliche gestiegen, die Energiekosten für Strom und Gas sind derzeit nicht nur enorm hoch, sondern auch unberechenbar geworden. Und was steht uns nach der Beendigung des Strompreisdeckels ins Haus?

- Sie wünschen sich, dass die Weihnachtsgans oder andere Köstlichkeiten nicht nur im Fotoalbum angeschaut werden können, sondern wieder dem auf schön gedeckten Familientisch landen. Denn für viele bedeutet der tägliche Einkauf die Reduzierung auf

das Notwendigste, weil die Inflation die Lebensmittelpreise in exorbitante Höhen hat klettern lassen.

- Und dass sich vielleicht sogar das eine oder andere kleinere Geschenk für die Liebsten unter einem kleinen Christbaum finden lässt – und ein Lächeln in die Gesichter von allen zaubert. Vielleicht geht der eine oder der andere Wunsch ja im neuen Jahr in Erfüllung – da wird nämlich eine neue Bundesregierung gewählt.

Georg Danzer hat schon 1976 das Lied „Wie woa Weihnachten“ geschrieben, wer kann sich noch daran erinnern? Denn es ist leider aktueller denn je.

felix.steiner@fsg-hg1.at

Inhalt

Politik & Gewerkschaft

04 **Europa**
EU-Parlamentswahlen 2024

05 **Leitartikel**
Wegweisende
Verhandlungserfolge

Hauptgruppe 1

13 **MA 10**
Starkes Zeichen der Wiener
Elementarpädagogik

14 **MA 17**
Migrant*innen trifft
Teuerung besonders hart

17 **MA 11**
Kinderarmut ist
eine Schande!

Gewerkschaft

21 **Frauen**
Geht's noch, ÖVP?

23 **Bildung**
KI - Fürchtet euch nicht!

27 **Arbeitswelt**
Pilotprojekt „My Flexitime“

Gesund & Leben

28 **Sanatorium HERA**
Man(n) schaut auf
seine Gesundheit!

29 **AMZ der KFA**
Gut begleitet durch die
Schwangerschaft

Serie

31 **teamwork History**
Barbara Prammer



Fakten und Einblicke zu den Gehaltsverhandlungen 2024



Sozialleistungen für in Bedrängnis geratene Menschen wurden rasch und unbürokratisch ausgebaut



Querräuzerin - Die Freiheit, die die FPÖ meint

teamwork

younion - HG 1, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, 1030 Wien

Österreichische Post AG
SM 02Z030516 S